

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Ernst Thälmann, Berlin.
Druckerei: Ernst Thälmann 4433/4434



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin 6261, Teltow-Strasse, Platz 6
Telefon: 6261

Die Zeitung wird im Gebot verkauft.
 Der Käufer ist verpflichtet, die Zeitung zu bezahlen, auch wenn er sie nicht abholt.

Berlin, den 23. Febr. 1933.

Int. Institut
 Soc. Geschiedenis
 Amsterdam

Schwarz-weiss-rot!

Das Vorzeichen der Inflation.

SPD. Im Berliner Sportpalast hat Hitler kürzlich behauptet, dass die Inflation "von den Männern des November 1918" angestiftet worden ist. Tatsächlich ist die Inflation entstanden durch die Finanzierung der Kriegsausgaben, durch die Vermehrung des Papiergeldes.

Im Kriege hat die Sozialdemokratie dafür gekämpft, dass ein möglichst grosser Teil der Kriegsausgaben durch eine Besteuerung der Kriegsgewinne gedeckt wird. Der Kampf war erfolglos. In immer höherem Masse wurde das "Blutbad" durch die Notenpresse finanziert. Die Führung dieser Politik lag damals in den Händen des Reichsschatzsekretärs Dr. Helffferich, des späteren Führers der Deutschnationalen Volkspartei, der im Jahre 1916 die Einführung neuer Kriegssteuern mit der Begründung ablehnte, "das Schwergewicht der Milliarden der Kosten des Weltkrieges wird an denen hängen bleiben, die den Krieg verlieren".

Der Geldumlauf in Deutschland hat sich in den Kriegsjahren wie folgt entwickelt:

		(in Millionen RM)	
		<u>Papiergeld</u>	<u>Münzen</u>
Durchschnitt	1913	2 369	3 701
Ende	1914	5 862	2 841
Ende	1915	8 360	1 690
Ende	1916	11 438	877
Ende	1917	18 245	212
November	1918	29 104	179

Das heisst: vor Beendigung des Krieges, als die "Männer des November 1918" keinerlei Einfluss hatten, als die Hohenzollern, die Schwerindustrie, das Junkertum und die Generale, also die Schwarz-weiss-roten, Deutschland allein beherrschten, ist der Geldumlauf in Deutschland fast verfünffacht und damit die Grundlage der Inflation geschaffen worden.

Die Reichsschuld betrug 1913 rund 4,93 Milliarden Mark, 1918 bei Beendigung des Krieges 105,3 Milliarden Mark, davon 64,12 Milliarden Anleihen und 40,8 Milliarden Schatzanweisungen, die durch Diskontierung bei der Reichsbank zu Geldmitteln gemacht worden waren. Im Oktober 1918 wurde der Dollar in Deutschland mit rund 7.- M bewertet. Das bedeutet, dass bereits damals, zu einer Zeit, als die Schwarz-weiss-roten noch an der Macht waren, eine Entwertung der Mark um rund 40 % offenbar geworden war.

Das Fortschreiten der Inflation in den ersten Jahren nach dem Kriege war zum grossen Teil eine Folge der Lasten des Versailler Vertrags, also eine Folge des verlorenen Krieges, der beendet worden ist nicht durch die Markisten, sondern durch die Erklärung der schwarz-weiss-roten obersten

Heeresleitung, Hindenburgs und Ludendorffs im September 1918, dass der Kampf nicht weitergeführt werden könne.

Die Sozialdemokratie hat in den Nachkriegsjahren gegen die Inflation durch die Forderung der energischen Besteuerung, der Erfassung der Sachwerte und der Erhebung von Goldsteuern gekämpft. Sie ist dabei ständig auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien, die seit 1919 die Mehrheit im Reichstag bildeten, gestossen.

Den endgültigen und vernichtenden Stoss hat die deutsche Währung im Jahre 1923 durch die Finanzierung des Abwehrkrieges an der Ruhr mit der Notenpresse erhalten. Am 11. Januar 1923, dem Tage des Beginns des Ruhrkampfes, war 1 Goldmark = 2 488 Papiermark, drei Monate später 1 Goldmark = 5 034 Papiermark, wieder drei Monate später im Juli 1 Goldmark = 44 525 Papiermark! Am 11. August 1923, beim Rücktritt der Regierung Cuno, kostete 1 Goldmark schon über 1 Million Papiermark. Damals war ein Vermögen von 50 000 Goldmark nur noch 5 Pfennige wert, ein in vielen Jahren durch grösste Entbehrungen angesammeltes Sparguthaben von 5 000 Mark auf den Wert von $\frac{1}{2}$ Pfennig gesunken.

Diese völlige Zerstörung der deutschen Währung vollzog sich unter einer von allen "Novembermännern" gereinigten Regierung, deren Reichskanzler Herr Cuno war und deren finanzieller Berater der deutschnationale Führer Dr. Helfferich war. Es waren die Repräsentanten der schwarz-weiss-roten Parteien, von denen Herr Cuno später zu den Nationalsozialisten zählte.

Die Regierung Cuno wurde schliesslich unter dem Druck der Sozialdemokratie gestürzt. Ihr folgte das Kabinett Stresemann, in dem der Sozialdemokrat Dr. Hilferding wenige Wochen Reichsfinanzminister war. Dieses Kabinett hat die für die Wiederherstellung einer geordneten Währung unerlässliche Liquidierung des Ruhrkampfes betrieben, die ersten Goldsteuern eingeführt und die Rückkehr zur gesunden Währung durch die Ausarbeitung des Rentenmarkentwurfes geschaffen. Nach dem Plan Helfferichs sollte die neue Währung auf der schwankenden Grundlage des Roggenpreises aufgebaut werden. Es war das Verdienst des Sozialdemokraten Dr. Hilferding statt dessen die stabile Goldgrundlage für die neue Reichswährung durchzusetzen. Seit 1924 hat die Sozialdemokratie auch gegen die inflationistischen Pläne der Nationalsozialisten (Feder-Geld) für die Erhaltung der stabilen Währung gegen die Wiederholung der Inflation gekämpft.

Die Inflation ist zu verantworten von den Hohenzollern, von Helfferich, Haverstein, Stinnes, den Exponenten der Junker und Grossindustriellen, nicht "von den Männern des November 1918". Diese Männer haben dem deutschen Volk im Herbst 1923 unter grössten Anstrengungen und Opfern die stabile Währung geschaffen, die auch gegen eine neue Inflation geschützt war, solange sie Einfluss hatten. Also keine Verdrehung der Tatsachen. Die Inflation geht zu Lasten der schwarz-weiss-roten Parteien, die heute wieder am Ruder sind und uns wie früher auch heute wieder herrliche Zeiten versprechen. Ihre Vergangenheit lehrt, dass sie auch dieses Versprechen nicht einhalten werden.

SPD. Neurode, 23. Februar (Eig. Dr.)

Am Donnerstag wurde das sozialdemokratische Volkshaus Zentnerbrunn durch ein Aufgebot von 12 Landjägerbeamten nach Waffen durchsucht. Angeblich sollten sich in dem Gebäude 20 Maschinengewehre, eine grosse Menge Munition und Massen von Karabinern befinden. Die auf eine Denunziation zurückzuführende Haussuchung verlief völlig ergebnislos.

SPD. Breslau, 23. Februar (Eig. Dr.)

Aus dem Kreise Schweidnitz wird eine Polizeiaktion gegen Sozialdemokraten bekannt, die an die Verfolgungen in der Anfangszeit der Sozialdemokratie erinnert.

In Kaltenbrunn, einer der grössten Gemeinden des Kreises Schweidnitz, wickelte sich in den letzten Tagen ein von der Kreisleitung der SPD und den freien Gewerkschaften gemeinschaftlich veranstalteter Bildungskursus für erwerbslose Arbeiter ab. Ungefähr 25 Arbeitslose - in der Hauptsache Landarbeiter -, nahmen an dem Lehrgang teil. Mitten in einer Arbeitsstunde drang unter Führung von Schweidnitzer Kriminalbeamten ein aus Waldenburg herbeigeholtes Überfallkommando in den Kursusraum ein und verhaftete sämtliche Kursusteilnehmer sowie den Leiter des Lehrganges, den Breslauer Volkshochschullehrer und früheren Bezirksbildungssekretär des Bezirkes Mittelschlesien der SPD, Dr. Otto Stammer. Die Festgenommenen wurden auf dem Überfallauto der Polizei ins Gerichtsgefängnis nach Waldenburg gebracht. Später verhafteten Schweidnitzer Kriminalbeamte ausserdem den Schweidnitzer Kreisleiter der SPD, den Unterbereichssekretär der SPD Willi Hoppe. Ihn überführte man ins Schweidnitzer Untersuchungsgefängnis.

Der Zweck der Kaltenbrunner Polizeiaktion ist vorläufig unbekannt. Es heisst, dass die Verhafteten unter dem Verdacht des Hochverrats festgenommen wurden. Dieser Verdacht ist umso lächerlicher, als der Kaltenbrunner Erwerbslosenschulungskursus unter finanzieller Mithilfe des Landratsamts durchgeführt wurde. Der ebenfalls festgenommene Kursusleiter Dr. Stammer behandelte im Augenblick des Eindringens der Polizei ein wirtschaftspolitisches Thema.

SPD. Der Polizeipräsident von Berlin hat eine Broschüre des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinig, des Berichterstatters des Untersuchungsausschusses über den Osthilfe-Skandal für den Bereich des Freistaates Preussen verboten, "weil durch den Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird".

Abg. Heinig schreibt uns dazu u.a., dass sein in der Broschüre veröffentlichtes Material, soweit es Zahlen enthält, sich ausschliesslich aus amtlichen Angaben zusammensetzt. Sie stammen ausnahmslos aus dem Reichskommissariat für die Osthilfe und wurden sämtlichen Mitgliedern des Haushaltsausschusses vorgelegt. Die Angaben über einzelne Fälle stammen ebenfalls ausschliesslich aus den Beratungen des Haushaltsausschusses und sind, wie die Protokolle des Ausschusses ausweisen, von den Vertretern des Reichskommissariats für die Osthilfe bestätigt worden. Die Richtigkeit dieser Feststellungen beweisen die Protokolle des Ausschusses. Richtig mag sein, dass die öffentliche Feststellung des Osthilfeskandals bestimmten Kreisen unangenehm ist. Das ändert nichts daran, dass die Verurteilung des Skandals, ohne Unterschied der Partei, gleicherweise eindeutig und scharf ist.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow veröffentlichte unangefochten in seinem Berliner "Reichswart" einen Artikel, in dem er feststellte, dass für den Osthilfeskandal "das Wort Korruption in keiner Weise zu scharf, noch irgendwie unzutreffend" ist. Weiter sagte er: "Der Skandal der sogenannten Osthilfe fällt der Regierung zur Last, deren einschlägige Organe, anstatt dem Gemeinnutz der Nation zu dienen, dem Eigennutz einer Kaste in empörender Bereitwilligkeit und verschwiegenem Einverständnis entgegengekommen sind." Reventlow fügte hinzu, "das korruptive Element bleibt bedenklich und ekelhaft, unwürdig und beschämend, ganz besonders auf dem düsteren Hintergrunde einer Volksverelendung die noch nie so gross gewesen ist, wie jetzt seit dem Jahre 1931."

Die Empörung über den Osthilfe-Skandal war bei seiner Erörterung im Haus-

Kultusausschuss des Reichstages so gross, dass mir auch von nationalsozialistischer Seite entsprechendes Material angeboten worden ist. Dennoch wurde meine Broschüre in Preussen verboten, "weil durch den Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird."

SPD. Breslau, 23. Februar (Eig. Drahtb)

In Mikulschütz stürmten uniformierte SA-Leute einen Tanzsaal, in dem ein bürgerlicher Verein ein Vergnügen abhielt. Die Hakenkreuzler schlugen mit Gummiknüppeln und Stöcken auf die Festteilnehmer ein, zertrümmerten Tische und Stühle und rissen die Dekoration herunter. Mehrere Festteilnehmer mussten eine Liebesvisitation hinnehmen. Das Ueberfallkommando traf erst eine halbe Stunde, nachdem es alarmiert worden war, ein. Es forderte die Nationalsozialisten in aller Höflichkeit auf, den Saal zu verlassen. Als die Rohlinge abgezogen waren, fehlten Hüte, Schals, drei Mäntel und drei Damenhandtaschen. Die Handtaschen wurden später geleert im Waschraum gefunden.

SPD. Das in Beamtenkreisen umlaufende Gerücht, dass eine allgemeine Kürzung der Beamtgehälter beabsichtigt sei, wird amtlich als unzutreffend bezeichnet. Das Gerücht sei offenbar in böswilliger Absicht ausgestreut worden. Gegen seine Verbreitung werde mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Schon vor einer Woche hatte der deutschnationale Beamtenausschuss von der Regierung eine offizielle Erklärung über ihre Beamtenpolitik verlangt, ohne dass dieser Forderung bisher entsprochen worden wäre. Inzwischen haben sich die umlaufenden Gerüchte durch Vorgänge im Lippeschen Landtag verstärkt. Dort hat der Fraktionsführer der Nationalsozialisten anlässlich der Beratung eines nationalsozialistischen Antrages auf Kürzung der Gehälter über 6000 Mark erklärt, dass die Reichsregierung ohnehin in nächster Zeit wahrscheinlich eine Neuregelung der Beamtgehälter vornehmen würde.

Eine positive Stellungnahme der Reichsregierung zu den Gerüchten ist umso notwendiger, als die Gehaltskürzungen auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und vom 8. Dezember 1931 bis zum 31. Januar 1934 befristet sind. Auch die Arbeitslosenhilfe, die zwar nicht nur die Beamten, sondern alle Arbeitnehmer betrifft, läuft am 31. März 1933 ab. Schon bei der Aufstellung des Etats für das Rechnungsjahr 1933 muss also eine Entscheidung gefällt werden, inwieweit die Beamtgehälterkürzung und die Arbeitslosenhilfe aufrechterhalten wird oder nicht. Gerüchte lassen sich am ehesten durch Tatsachen beseitigen. Je eher die Regierung also ihre Absichten bekannt gibt, um so besser ist sie vor Gerüchten geschützt.

SPD. Stuttgart, 23. Februar (Eig. Dr.)

Am Donnerstag hat der frühere Ministerialdirektor im württembergischen Kultusministerium, Dr. von Bälz, in Stuttgarter Blättern einen Artikel unter der Überschrift veröffentlicht "Wird das Deutsche Reich ein Rechtsstaat bleiben?", in dem er sich gegen das "in rohester Form herrschende Faustrecht" wendet.

von Bälz schreibt u.a.: "Wo ist die Polizei geblieben, die doch zum gleichen Schutz aller Staatsbürger berufen ist, oder weshalb hat sie nicht rascher und entschiedener eingegriffen?..... Nur der Staat besitzt eine auf innere Kraft und nicht nur auf äussere Gewalt beruhigende Autorität, dem das Pflichtbewusstsein der Beamten und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz hoch über dem persönlichen Gefühl und über der Parteizugehörigkeit

stehen. Unparteilichkeit aller Beamten im Dienste ist das erste und unerlässliche Erfordernis jedes geordneten Staatswesens. Der neue Reichswehrminister hat erfreulicherweise Heer und Marine ihre Pflicht zur Ueberparteilichkeit nachdrücklichst eingeschärft. Was aber die Wehrmacht für den Staat nach aussen ist, ist für ihn die Polizei im Innern. Hier haben wir von einer gleichen Anweisung zur Ueberparteilichkeit nichts gehört, wohl aber von Vorgängen und Erlassen, die eine ganz andere Auslegung zulassen".

Von Bälz wendet sich mit allem Nachdruck dagegen, in dem Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern Württemberg zum Versuchsstück für eine nicht mit der Verfassung zu vereinbarende Abänderung zu machen. Es wäre, wie er sagt eine "blutige Ironie", wenn ausgerechnet Württemberg, in dem seit Bismarck der Reichsgedanke am stärksten ist, zum Dank für einige Worte des Staatspräsidenten, die auch er unausgesprochen gewünscht hätte, zur Probe dafür ausgesucht würde, "was sich die Gewalt des Reiches einem Schwächeren gegenüber leisten kann". Man könne ein Land "vergewaltigen", aber die Gesinnung seiner Bewohner könne man nicht ändern. Der Württemberger "will dem Reich geben was des Reiches ist, aber für sich behalten, was er sich in tausendjähriger ruhmvoller Geschichte des Schwabenstammes für sich und seine Volksgenossen errungen hat".

Schliesslich appelliert von Bälz an den in der württembergischen Regierung sitzenden Vertreter der Deutschnationalen Partei, den Finanzminister Dr. Dehlinger, der sich, wie Bälz ausführt, "seit Jahren zur Sonderaufgabe gemacht hat, die Rechte der Länder gegen das Reich in einer Weise zu vertreten, die manchmal an Partikularismus grenzte. Jetzt hat er die beste Gelegenheit, bei seinen Parteifreunden in Berlin seinen Worten die Taten folgen zu lassen und ihnen zu sagen, Hände weg von Württemberg, lasst uns in unserem bisherigen Frieden und in unserer Ordnung, die nur von aussen gestört werden können. Auch der Reichsaussenminister Freiherr von Neurath, der seine württembergische Heimat kennt und liebt, könnte die Reichsregierung über die tatsächlichen Verhältnisse und über die Folgen eines Angriffs aufklären."

SPD. Der Preussische Staatsrat erörterte in seiner Vollsitzung am Donnerstag die Verordnung über die Auflösung der Gemeindeparlamente, ferner die Verordnungen über die Neuwahlen zu den kommunalen Vertretungs-Körperschaften, über die Auflösung des Preussischen Landtags und über die Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preussen, sowie den Runderlass des kommissarischen Innenministers über die Förderung der nationalen Bewegung und den Runderlass an die Oberpräsidenten über die Einstellungs- und Beförderungssperre vor den preussischen Gemeindewahlen.

Der Berichterstatter Langemak (Arb.Gem.) legte dem Hause die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vor. Sie lauten dahin, dass der Staatsrat beschliessen möge, "1.) die durch Verordnung vom 4. Februar 1933 verfügte allgemeine Auflösung aller kommunalen Vertretungskörperschaften widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Das "allgemeine Staatsaufsichtsrecht" und "die veränderte Einstellung weitester Bevölkerungskreise" geben nicht das Recht, entgegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen oder ohne solche die Auflösung zu verfügen. Der Staatsrat beschliesst, die Auflösung derjenigen Wahlkörper, von denen die Mitglieder des Staatsrats gewählt sind (Provinziallandtage, Stadtverordneten-Versammlung in Berlin, Kommunallandtage für Hessen und Nassau sowie für die Hohenzollern'schen Länder) durch Klage beim Staatsgerichtshof anzufechten. Der Präsident des Staatsrats wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen. - 2.) Die am 6. Februar 1933 erlassene Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preussen ist mit der Reichsverfassung und dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 nicht vereinbar. - 3.) Die am 6. Februar 1933 durch den Präsidenten des Landtags und den Reichskommissar für das Land Preussen beschlossene Auflösung des

Preussischen Landtags ist verfassungswidrig. - 4.) Die im Amtlichen Preussischen Pressedienst mitgeteilten Runderlasse des Kommissars des Reichs für das Preussische Ministerium des Innern vom 10. und 17. Februar 1933 verstossen gegen die Art. 109 und 114 der Reichsverfassung, da sie eine verschiedene Behandlung der Staatsbürger durch Staatsorgane anordnen. - 5.) Der Amtliche Preussische Pressedienst vom 20. Februar 1933 gibt einen Erlass des Kommissars des Reichs für das Preussische Ministerium des Inneren, Reichsministers Göring, an alle Polizeibehörden vom 17. Februar d.J. wieder. Ebenso liegt der Erlass des Reichskommissars Göring vom 10. Februar 1933 vor. Diese Erlasse ehren nicht nur weite Schichten des Deutschen Volkes, sondern sie schaffen ganz offensichtlich zweierlei Recht, beeinflussen die Polizeibehörden in einseitigem Masse und schaffen dadurch eine Rechtsunsicherheit, die der Herstellung geordneter Verhältnisse im Lande Preussen widerspricht. Der Kommissar des Reichs für das Preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, leitet seine Befugnisse aus der Autorität des Herrn Reichspräsidenten her. Solange diese Erlasse bestehen, finden sie mithin ihre Rechtsgrundlage ausschliesslich in den dem Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung gewährten Vollmachten.

Der Staatsrat als die zurzeit einzig in Preussen in Funktion befindliche Volksvertretung hält es für seine unabweisbare Pflicht gegenüber Volk und Vaterland, auf die schweren Gefahren und die unausbleiblichen Folgen dieser Erlasse hinzuweisen, und fordert die sofortige Aufhebung dieser Erlasse. Er ersucht zu diesem Zweck den Präsidenten des Preussischen Staatsrats, dem Herrn Reichspräsidenten die schweren Bedenken gegen den Fortbestand dieser Erlasse zu unterbreiten und den Herrn Reichspräsidenten persönlich zu bitten, für die Aufhebung der Erlasse Sorge zu tragen.

6.) Die vom Ministerialdirektor Dr. Schütze im Auftrage des Reichskommissars für das Land Preussen in der Sitzung des Verfassungsausschusses des Staatsrats am 21. Februar 1933 abgegebene Erklärung bedauert der Staatsrat. Dem Staatsrat, der es stets als sein Recht und seine Pflicht angesehen hat, über die Beachtung der Verfassungsvorschriften zu wachen, kann auch jetzt nicht die Befugnis abgesprochen werden, die Verfassungsmässigkeit der vom Reichskommissar erlassenen Verordnungen nachzuprüfen. Da die Entscheidung über die vorerwähnten rechtlichen Fragen durch den Staatsgerichtshof in Kürze zu erwarten ist, erklärt sich der Staatsrat zwecks Herstellung geordneter Zustände in Preussen und verfassungsmässiger Erledigung der Staatsgeschäfte bereit, die ihm zugehenden Vorlagen sachgemäss zu erledigen, ohne damit der Frage ihrer Rechtsgültigkeit vorzugreifen.

In der Debatte wendet sich Dr. Meerfeld-Köln (Soz) in sehr scharfen Worten gegen die Regierungsmassnahmen, die geeignet seien, die politische Unsicherheit zu verstärken. Es sei heute dahin gekommen, dass alle national-gesinnten Kreise, die nicht zum Hakenkreuz oder zum Stahlhelm gehörten, diffamiert würden. Es habe sich kein Finger in der öffentlichen Verwaltung gerührt, um die masslosen Angriffe, die von nationalsozialistischer Seite gegen die Minister Braun und Severing wegen des zwei Millionen Fonds erhoben worden seien, in Schutz zu nehmen. Die Minister hätten ihre Zuflucht zu den Gerichten nehmen müssen. Selbst der Reichskommissar habe nochmals erklärt, die persönliche Integrität dieser beiden Minister nicht anzweifeln zu wollen.

Der Redner verweist dann auf die politischen Zusammenstösse, die sich in den letzten Tagen in verschiedenen Städten ereignet haben, und erklärt, diese Zusammenstösse seien mitunter darauf zurückzuführen, dass sich die Nationalsozialisten ganz unbehindert fühlten. Die Ansicht, dass es sich bei der Störung von Zentrumsversammlungen um das Werk von Provokateuren gehandelt habe, könne nur ein Kopfschütteln hervorrufen. Der Einfluss der Wilhelmstrasse auf die preussische Politik sei heute grösser denn je, aber damit

sei auch die Verantwortung grösser geworden. Die Sozialdemokraten bekämen auch die geheimsten Beschlüsse der Regierung zu erfahren.

Der Redner schliesst mit der Erklärung, dass allen Unterdrückungen zum Trotz doch die Menschheitsidee siegen werde, zu der sich der Marxismus mit Stolz bekenne.

SPD. Eisleben, 23. Februar (Eig. Dr.)

Die im Rundfunk und von der Nazipresse verbreitete Nachricht, dass in Eisleben zwei bewaffnete Kommunisten in die Leichenhalle des Krankenhauses eingedrungen seien, um die dort aufgebahrte Leiche des SS-Mannes Berk zu schänden, entspricht nicht den Tatsachen. Die beiden jungen Leute, die in der Nähe des Krankenhauses festgenommen wurden, sind Wilddiebe, die bei der Heimkehr von ihrer nächtlichen Arbeit von Polizeibeamten gefasst wurden. Einer ist Mitglied des Jungstahlhelms. Weder die rechtsstehenden Zeitungen, die die Sensation des kommunistischen Leichenraubes veröffentlicht haben, noch der Rundfunk haben bisher eine Berichtigung ihrer Falschmeldung gebracht.

SPD. Die Braunhemden massen sich von Tag zu Tag grössere Rechte an. Aus der Stadt Kempfen am Niederrhein wird berichtet, dass die "nationalen" Stützen der Hitler-Regierung im braunen Hemd sich die Frechheit erdreistet haben, das "Niederrheinische Tageblatt", die Kempener Zentrumszeitung, unter Vorzensur zu stellen. Dazu meldet die Berliner "Germania" in ihrer Freitag-Ausgabe:

"Nicht weniger schlimm, als dieser Uebergriff privater Gewalt, ist die Tatsache, dass der zuständige Landrat später in absolut rechtswidriger Weise die Kempener Polizei angewiesen hat, eine solche Vorzensur auszuüben. Die Deutsche Zentrumsparterie hat, nachdem sie von diesen unglaublichen Vorgängen Kenntnis erhalten hatte, folgendes Protesttelegramm an Herrn Göring gerichtet:

"Am 22. Februar nachmittags 4.30 Uhr besetzt eine SA-Abteilung die Druckerei und verlangt von Herausgabe der Zeitung eine Nummer einzusehen, um diese gegebenenfalls zu beschlagnahmen. Der Polizeikommissar von Kempfen erscheint auf Anruf und verlangt gleichfalls eine Nummer der Zeitung. Der Polizeikommissar sieht gemeinsam mit dem SA-Führer die Zeitung durch und gibt sie frei. Am Donnerstag-Morgen hat der Verlag des "Niederrheinischen Tageblattes" vom Landrat eine Verfügung bekommen, dass der Polizeikommissar von Kempfen beauftragt sei, die Zeitung vor der Herausgabe durchzusehen und festzustellen, ob sie herausgegeben werden darf. Erheben schärfsten Protest gegen Einschränkung der Pressefreiheit. Verlangen sofortige Anweisung an Landrat, seine Verfügung zurückzunehmen".

Das Berliner Zentrumsblatt bemerkt zu diesem geradezu ungeheuerlichen Skandal:

"Angesichts solcher Uebergriffe ist es kein Wunder, dass sich die Gerüchte mehren, als ob der SA. polizeiliche Hilfsfunktionen übertragen seien oder übertragen werden sollen. Zumindest scheinen bei der SA. hier und da solche Vorstellungen zu bestehen. Wir erwarten, dass Herr Göring nicht nur den subalternen Verwaltungsstellen in Kempfen eine offenbar notwendige Rechtsbelehrung erteilt, sondern auch die SA darüber aufklärt, dass sie keine Befugnisse besitzt, die über die eines privaten Vereins hinausgehen. Was sie sich in Kempfen erlaubt hat, das ist Hausfriedensbruch und Nötigung, und man sollte auch heute noch annehmen dürfen, dass der zuständige Staatsanwalt seine Pflicht tut."

SPD. Essen, 23. Februar (Eig. Drahtb.)

In Essen wurde eine Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei mit Scheidemann als Redner polizeilich aufgelöst.

Schon die Ankündigung der Versammlung veranlasste die Nazis zu einer masslosen Hetze. Sie forderten ihre Anhänger auf, die Kundgebung auf jeden Fall zu verhindern. Ein "Landesverräter" dürfe in Essen niemals reden. So kam es schon zwei Stunden vor dem für den Beginn der Versammlung angesetzten Termin zu wüsten Prügeleszenen. Etwa 15 Mitglieder der Eisernen Front wurden misshandelt und zum Teil schwerverletzt. Einige mussten ins Krankenhaus geschafft werden. Unterdessen rückten immer neue Trupps der SA heran, sodass die Polizei die Kundgebung schliesslich schon vor Beginn auflöste, weil die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet sei.

Die Erlasse des Herrn Göring tragen von Stunde zu Stunde herrlichere Früchte.

SPD. Stuttgart, 23. Februar (Eig. Dr.)

Der Reichsinnenminister Dr. Frick hat die Frage der württembergischen Regierung nach dem authentischen Wortlaut seiner in Dresden gehaltenen Rede mit dem Hinweis auf die darüber erschienenen Zeitungsberichte beantwortet, die er selbst veranlasst habe und von deren Inhalt er nichts zurückzunehmen hätte. Dennoch hat er den in dieser Rede gegen die württembergische Regierung erhobenen Vorwurf wegen der angeblichen Duldung eines "marxistischen" Plakats, auf dem ein Mitglied der Reichsregierung der Kriegsdrückebergerei bezichtigt worden sein sollte, fallen lassen müssen.

Keiner württembergischen Amtsstelle war ein solches Plakat bekannt geworden, sodass das Stuttgarter Polizeipräsidium bei der Nationalsozialistischen Partei unmittelbar angefragt und sie um nähere Angabe darüber ersucht hat. Nachdem der Vorwurf bereits mehrere Tage ins Land gegangen war, musste sich die württembergische Gauleitung bzw. ihr Geschäftsführer Landtagsabgeordneter Friedrich Schmidt zu der Erklärung bequemen, dass dieser Vorgang sich nicht in Württemberg ereignet hätte. Frick blieb deshalb nichts übrig, als sich ebenfalls zu korrigieren.

Die deutsch-demokratischen Abgeordneten des württembergischen Landtags haben an den Landtagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es unter Bezugnahme auf die Erklärungen von Frick heisst: "Nach alledem ist für das Land Württemberg höchste Gefahr im Verzug. Wir halten die sofortige Einberufung des Landtags für dringend erforderlich, damit die Volksvertretung erfahren kann, mit welchen Mitteln die württembergische Landesregierung diese gesetzwidrigen und unberechtigten Eingriffe in seine Landeshoheit zurückweisen will."

Ausser der Deutsch-Demokratischen Partei hat sich inzwischen auch die Zentrumsparlei in einem vom Justizminister Dr. Beyerle unterzeichneten Telegramm an den Reichspräsidenten gewendet, in dem angesichts der schweren Versammlungsstörungen der dringende Appell erhoben wird, sich mit der ganzen Autörität des hohen Amts "für Gleichheit des Schutzes und Versammlungsfreiheit einzusetzen".

SPD. München, 23. Februar (Eig. Drahtb.)

Die neuesten nationalsozialistischen Drohungen mit dem Reichskommissar für Bayern werden in bayerischen Regierungskreisen sehr ernst genommen.

Das gilt vor allem von der Erklärung des württembergischen Landtagspräsidenten Mergenthaler, der in Reutlingen geäussert hat, dass die Hitlerregie-

rung den Reichskommissar erst nach dem 5. März nach Bayern senden werde. Dieser Erklärung wird hier umsomehr Glauben beigegeben, als der "Völkische Beobachter" in seiner Donnerstag-Ausgabe eifrig den Boden für den Reichskommissar vorbereitet und in grosser Aufmachung eine lügenhafte Agitation entfaltet mit der Behauptung, dass durch die Wahlhetze bayerischer Regierungsglieder im Lande Bayern ein Zustand der Verwirrung, des Durcheinanders der Staatsgewalten und grenzenloser Erbitterung entstanden sei, der die Lebensinteressen des deutschen Volkes gefährde. Die bayerische Regierung erblickt hinter dieser Drohung die Tatsache, dass die aktivistischen Kreise des Nationalsozialismus grundlegende Veränderungen in den Regierungsverhältnissen im Reich nach dem 5. März vorbereiten, die selbst vor dem jetzigen Reichsoberhaupt nicht Halt machen sollen.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz richtet deshalb einen Appell an den Ministerpräsidenten Dr. Held, nicht müde darin zu werden, bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass Bayern kein Land für nationalsozialistische Experimente sei. Jeder, der dieses Experiment probieren wollte, werde sich die Finger daran verbrennen. Staatsrat Schäffer hat das gleiche Thema ebenfalls in Forchheim (Franken) angeschnitten und erklärt, dass die bayerische Bevölkerung und die bayerischen Wehrverbände einschliesslich des Stahlhelm einen solchen Reichskommissar sofort an der Grenze verhaften würden. In einem solchen Falle würde Bayern seine Vergangenheit anrufen, um seine Zukunft zu sichern.

SPD. Kiel, 23. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Kieler Polizeipräsident hat eine nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei wegen angeblicher Gefahr für die Ruhe und Sicherheit verboten. Zugleich verbot er Anschlagskästen des Kieler sozialdemokratischen Organs, in denen auf Grund des gegenwärtigen Verbots der Zeitung die neuesten politischen Meldungen bekanntgegeben wurden. Das Verbot erfolgte, weil uniformierte und geschlossen auftretende SS- und SA-Trupps vor den Anschlagskästen Unruhe provozierten.

SPD. In Grossbeeren bei Berlin wurde in der Nacht zum Mittwoch nach einem nationalsozialistischen Fackelzug ein von neun erwerbslosen Familien bewohntes Gebäude gestürmt und angezündet. Das Haus ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Sämtliches Hab und Gut der neun Arbeiterfamilien ist von den rasend um sich greifenden Flammen zerstört worden. Sie haben nichts gerettet als das nackte Leben.

Der Ueberfall galt einem in diesem Haus wohnenden Arbeiter Schlombach, der früher dem Reichsbanner angehört hat. Die Eindringlinge schossen zunächst durch ein Fenster der Wohnung des Schlombach, der am Bein getroffen wurde. Dann wurde die Wohnungstür mit Explosivkörpern aufgesprengt. Schlombach wurde am Fuss durch Splitter verwundet. In ihrer Not sprangen der Verwundete und seine Frau nur mit dem Hemd bekleidet aus dem ersten Stock auf die Strasse. Dort wurde der blutende Mann auf der Flucht eingeholt, mit Totschlägern bearbeitet und liegengelassen. Trotz der schweren Schuss- und Hiebverletzungen gelang es Schlombach, sich in das Haus seines alten Vaters zu schleppen. Inzwischen wurde die Wohnung Schlombachs demoliert und angezündet. Das Feuer ergriff das gesamte Haus. Schreiend flüchteten neun Familien auf die Strasse. Als die Feuerwehr eintraf, war die Arbeit der Brandstifter bereits vollendet. Die Obdachlosen lagen in der Nachbarschaft auf Böden und in Kellern. Ihr Unglück ist namenlos.

Grossbeeren ist ein Dorf bei Teltow. Am Dienstag veranstaltete dort die zum grossen Teil aus der Umgegend zusammengezogene SA einen Fackelzug. Anschliessend fand eine von 400 Personen besuchte nationalsozialistische Versammlung statt, in der der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Schlange referierte. Bereits während des Fackelzuges wurden oppositionell gesinnte Bewohner von SA-Leuten geschlagen. In der Versammlung wurde der 36jährige Erwerbslose Schlombach als ganz besonderer Schädling der "nationalen Bewegung" bezeichnet, der zwar zur Versammlung persönlich von den Nazis eingeladen, aber nicht erschienen war. Schlombach hat sich diesen Hass durch seinen Kampf gegen reaktionäre Verbände zugezogen.

Am Abend des Fackelzuges ermahnte Schlombach die erwerbslosen Mitbewohner seines Hauses, in der folgenden Nacht vorsichtig zu sein. Ein Drohbrief hatte ihm Anlass zu Befürchtungen gegeben. Ausserdem hatten SA-Leute bereits im vergangenen Juni versucht, seine Wohnung zu stürmen. Wiederholt waren in der Wohnung des Schlombach die Fensterscheiben eingeworfen worden. Einmal wurde das elfjährige Kind der Eheleute Schlombach von einem Stein getroffen. Es erlitt einen Nervenschock. In der Nacht zum Donnerstag hatte es Schlombach ausserhalb seiner Wohnung untergebracht. Es war eine kluge Voraussicht. Gegen zwei Uhr nachts drang plötzlich ein Schuss durch das Fenster in den einzigen Wohnraum der Eheleute. Ein Kugelregen folgte, ein Scheinwerfer beleuchtete die Hausfront und eine dort angestellte Leiter. Das Ehepaar verrammelte die Tür durch einen Schrank. Krachend flogen kurz darauf die Splitter von Sprengkörpern durch die Türe und verwundeten Schlombach zum zweitenmal. Er und seine Frau retteten sich darauf durch den Sprung auf die Strasse.

Als das Haus zu brennen begann und die Bewohner schreiend in die eisige Winterkälte flüchteten, wollte ein in der Nähe wohnender Feuerwehrmann Alarm blasen. Er wurde von SA-Leuten daran gehindert. Neun obdachlose Erwerbslosenfamilien sind das Opfer.

SPD. München, 23. Februar (Eig. Drahtb.)

Anlässlich seines Antrittsbesuches bei der 7. Bayerischen Division hat Reichswehrminister von Blomberg bei einer Besichtigung der Truppen des Standorts München eine Ansprache gehalten, in der er u. a. ausführte:

"Ueber drei Jahre habe ich die Soldaten an der äussersten Nordostecke des Deutschen Reiches befehligt. Nun stehe ich vor denen, die hier im Süden des Reiches Wache halten. Daraus ist zu erkennen, dass die Wehrmacht wie eine stählerne Klammer über das Reich gespannt ist. Durch Schwur hat sich der Einzelne dem ganzen Deutschland verschrieben. Deutschland durchlebt jetzt Tage, Wochen und Monate tiefinnerlicher Erregung. Da blickt man scharf auf die Wehrmacht, die am anschaulichsten die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches darstellt. Wir Soldaten stehen ausserhalb des innerpolitischen Kampfes. Wir gehören keiner Partei und keiner Klasse an, wir gehören dem gesamten Volke, wir dienen der Gemeinschaft und wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass wir die einzige bewaffnete Macht in Deutschland sind und bleiben werden. Hinter uns und neben uns stehen viele Millionen entschlossener Männer, zwar unbewaffnet, aber entschlossen wie wir, für das Vaterland zu leben und zu kämpfen. Unsern Bund mit ihnen wollen wir besiegeln mit dem Ruf: Unser liebes Vaterland, das stolze Deutsche Reich, hurra!"

SPD . Bukarest, 23. Februar (Eig. Dr.)

Das Zentralorgan der rumänischen Sozialisten, die "Lumeanous", wurde am Donnerstag vom obersten Militäranwalt bis auf weiteres verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Leitartikels des Chefredakteurs des Blattes, in dem dieser an den Massnahmen, die von den Behörden aufgrund des Belagerungszustandes durchgeführt worden sind, heftige Kritik geübt hatte. Der Chefredakteur selbst wurde unter Anklage gestellt.

SPD. Paris, 23. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission der Kammer hat am Donnerstag-Nachmittag den vom Senat verabschiedeten Text der Finanzvorlage geprüft und sämtliche Beschlüsse des Senats über die Kürzung der Beamtengehälter und -Zulagen sowie die Militärkredite abgelehnt.

Inbezug auf die Kürzung der Gehälter hat die Kommission nach dem Vorschlag der Linksparteien beschlossen, die vom Senat auf 9 000 Francs festgesetzte Freigrenze auf 15 000 Francs (2500 Mark) zu erhöhen und die fünfprozentige Kürzung nicht nur von den Beamtengehältern, sondern auch von den Gehältern aller Privatpersonen, die Pensionen beziehen, zu erheben. Hinsichtlich der Zulagen hat die Kommission den von der Kammer verabschiedeten Text wieder aufgenommen, der nicht eine generelle Kürzung der Zulagen, sondern eine von einer Kommission festzusetzende Kürzung der übermässig hohen Zulagen im Gesamtbetrag von 500 Millionen Francs vorsieht. Mit 22 gegen 13 Stimmen hat sich die Kommission schliesslich für die vom Senat abgelehnte Kürzung der Militärkredite um eine halbe Milliarde Francs ausgesprochen.

Ministerpräsident Daladier äusserte sich am Nachmittag sehr optimistisch über die Möglichkeit einer Einigung zwischen Kammer und Senat. Eine solche Einigung ist aber nur möglich, wenn der Senat der Kammermehrheit entgegenkommt, was noch nicht sicher ist.

SPD. Stassfurt, 23. Februar (Eig. Dr.)

Der Mörder des sozialdemokratischen Bürgermeisters Kasten, der 17jährige nationalsozialistische Gymnasiast Matthes ist auf Anordnung des Oberstaatsanwaltes aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Der Haftbefehl ist aufgehoben, "da dessen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen". Kommentar verboten!

SPD. Dortmund, 23. Februar (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Donnerstag stiessen drei Polizeibeamte mit kommunistischen Plakatanklebern zusammen. Auf den Anruf, stehen zu bleiben, flüchteten sie. Als ein Polizeibeamter die Fliehenden verfolgte, wurde er von mehreren Schüssen lebensgefährlich verletzt.

SPD. Genf, 23. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Donnerstag mit 21 Stimmen den Vorschlag Frankreichs angenommen, die Armeen des europäischen Kontinents zu vereinheitlichen durch Umwandlung in Armeen mit kurzer Dienstzeit und begrenzten Truppenstärken. Ein italienischer Abänderungsvorschlag wurde gegen fünf Stimmen (Italien, Russland, Schweiz, Ungarn und Österreich) abgelehnt. Deutschland blieb mit seinem Gegenantrag allein.

SPD. Stuttgart, 23. Februar (Eig. Dr.)

Die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" hat vom württembergischen Innenministerium eine Verwarnung erhalten, weil sie in ihrer Montag-Nummer aus einer im sächsischen Landtag gehaltenen Rede des Abg. Böchel Ausführungen abgedruckt hat, die sich mit einer Störung der deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen durch das bekannte Telegramm des Reichsministers Goering an eine schwedische Zeitung befassten.

In der Begründung der Verwarnung stellt sich das Innenministerium auf den Standpunkt, dass es sich bei diesem Abdruck nicht um eine zusammenhängende parlamentarische Berichterstattung gehandelt habe, sondern dass aus der Rede bestimmte Teile herausgegriffen worden seien.

SPD. Wien, 23. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen ist überführt, dass er die Eisenbahnergewerkschaft hestechen wollte, um die Verschiebung der in Hirtenberg lagernden italienischen Waffen nach Ungarn zu ermöglichen. Der Generaldirektor ist von der Regierung sofort entlassen worden.

Am Mittwoch hat der Chef der österreichischen Bundesbahnen den Führer der freien Eisenbahnergewerkschaft, König, gebeten, die in Hirtenberg lagernden Waffen "irrtümlich durch falsche Weichenstellung" an die ungarische Grenze zu leiten. Dort sei alles bereit, die Waggons zu entladen und die leeren Waggons wieder mit falschen Plomben nach Italien zu senden, sodass es den Anschein habe, dass die Waffen nach Italien zurückgelangt seien. Zur Durchführung dieses Planes sollte die freie Gewerkschaft etwa 75 000 Mark Schmiergeld erhalten. Der Führer der sozialdemokratischen Eisenbahner benachrichtigte die Sozialdemokratische Partei, die ihrerseits die österreichische Regierung unterrichtete und ihr mitteilen liess, dass es keinen sozialdemokratischen Eisenbahner gebe, der sich zu einer solchen Schiebung hergebe.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

An das deutsche Volk!

An die Kameraden des Reichsbanners!

SPD. Einheit, Recht und Freiheit - die kostbarsten Güter der Nation, auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs verteidigt und erstritten und durch die Nationalversammlung in Weimar verbrieft, sind in äusserster Gefahr.

Aus den Zeiten schlimmster deutscher Vergangenheit ist die verächtliche Gewohnheit wieder auferstanden, Millionen von Volksgenossen ausserhalb des gemeinsamen vaterländischen Rechts zu stellen. Die Soldaten des Weltkriegs, die im Lager des arbeitenden Deutschlands stehen, werden heute beschimpft, ihre Blutopfer verachtet, ihre Gesinnung verächtigt. Das Jahrtausende alte Unglück des deutschen Volkes - die innere Zerrissenheit - steht wieder auf, das Land ist von Abgründen des Hasses zerrissen, und in selbstmörderischer Zerfleischung droht Einheit, Recht und Freiheit zu Grunde zu gehen.

Dieser verhängnisvollen Entwicklung hat sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner, von Anfang an mit der ganzen Kraft seiner Organisation, mit dem bedingungslosen Einsatz von Leib und Leben seiner Kameraden entgegengeworfen. Um Deutschlands willen geht das Reichsbanner wiederum in den Kampf für die Einheit, das Recht und die Freiheit der Nation.

Deutschland kann ohne volle Freiheit nicht leben - der Verlust von Freiheit und Recht führt zum inneren und äusseren Untergang des Landes. Nie hat ein Volk die äussere Freiheit erstritten und erhalten, das die innere Freiheit verlorengehen liess.

Die Wiederherstellung der Demokratie ist zur Lebensfrage für Deutschland geworden. Die selbstmörderische Zerstörung des Parlaments hat zur Entrechtung und Entmachtung des Volkes geführt.

Kameraden, Deutschlands Freiheit darf nicht untergehen. Das freiheitliche Deutschland blickt auf euch. In euren Händen liegen Zukunft und Schicksal der Nation. Schliesst eure Reihen, tretet an! Für die Demokratie, für die Verfassung, für Einheit, Recht und Freiheit!

Für ein Deutschland ohne Hunger -

Für das Deutschland der Arbeit -

Für das junge Deutschland der Zukunft!

Der Bundesvorstand des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold.

SPD. Auf Ersuchen des Reichsinnenministers ist am Donnerstag die sozialdemokratische "Volksstimme" in Mannheim auf acht Tage verboten worden. Verboten sind ferner die sozialdemokratischen Organe in Osnabrück und in Zeitz.

SPD. Breslau, 23. Februar (Eig. Dr.)
Der Rittergutsbesitzer Schäfer in Hohberg bei Goldberg in Schlesien, ein treuer Nazimann, verprügelte die beiden 13- bzw. 10-jährigen Kinder eines erwerbslosen Landarbeiters derart mit eisenbeschlagenen Stöcken, dass die Misshandelten schwer verletzt wurden. Der Mutter, die ihren misshandelten Kindern zu Hilfe eilen wollte, rief der Prügeljunker zu: "Zeigen Sie mich an, jetzt sind andere Gesetze!"

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

SPD. Zum sechstenmal innerhalb eines Jahres werdet Ihr an die Wahlurne gerufen.

Bei all diesen Wahlen stand die gleiche Frage zur Entscheidung, die Schicksalsfrage von der künftigen Gestalt des deutschen Staates, von dem Geist seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung. Soll die Staatsgewalt einer kleinen Herrschicht, soll sie der Diktatur einer Partei, soll sie einer Einheitsfront der sozialen Reaktion überantwortet oder soll das Volk wieder souverän im Staate werden?

Um diese Frage geht der erbitterte Kampf. Er ist noch nicht entschieden, trotzdem seit langem schon die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern beim Reichspräsidenten und seinen Ratgebern konzentriert ist.

Ihr habt bisher bei jeder Wahl Euren Gegnern innerhalb und ausserhalb der Regierung Euren festen Willen entgegengestellt, die Souveränität des Volkes in vollem Umfange wiederzugewinnen. Ihr habt das Volksrecht gegen jegliches Diktaturgelüst verteidigt. Wirtschaftliche Not und politischer Terror haben Euren Freiheitswillen nicht gebrochen.

Euer Kampf war nicht vergebens, wenn auch zur Zeit die soziale Reaktion im Sattel sitzt. Denn heute ist Euer rechtmässiger Widerstand gegen jeglichen Umsturz der stärkste, der einzig wirksame Schutz der Verfassung und Eurer Rechte.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer! Ihr wisst, was auf dem Spiel steht. Ihr kennt die Geschichte der letzten vierzehn Jahre, Ihr habt nicht vergessen, wie sie wirklich gewesen ist. Ihr glaubt keine schwarzweissroten Märchen über den Marxismus. Ihr wisst, was Ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt.

Erst als die Staatsgewalt vom Volke ausging, erst im November 1918, wurde die Schmach des Dreiklassen-Wahlrechts ausgelöscht. Erst damals wurden die letzten Schranken der Koalitionsfreiheit niedrigerissen. Erst damals wurde das Sklavenrecht der Landarbeiter, die Gesindeordnungen, beseitigt. Erst seit jenen Tagen wurde der Bau der deutschen Sozialpolitik zum Bollwerk der inneren Freiheit unseres Volkes. Erst damals wurde das deutsche Arbeitsrecht zu der Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Nation, an deren Grundpfeilern Eure Feinde heute rütteln.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Staatsgewalt darf nicht jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle Eures rechtsschöpferischen Willens setzen wollen.

So unabsehbar die wirtschaftliche Not ist, Ihr habt noch viel zu verlieren. Schützt Euer Recht! Verteidigt am 5. März das neue Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde.

Ihr wisst, in welcher Front Ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wisst, wem Ihr Eure Stimme zu geben habt.

Eure Entscheidung wird fallen

für Volksherrschaft gegen Diktatur,
für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Die Bundesvorstände
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

22. Februar 1933.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Schwur.

SPD. Die sogenannte Kampffront Schwarzweissrot erlässt einen Aufruf, bezeichnet: Mackensen, von Papen, Hugenberg, Franz Seldte. Dieser Wahlauftritt lässt eine tiefe innere Beunruhigung des schwarzweissroten Flügels der Regierungskoalition erkennen. Viel zu stark sind die Hinweise auf die Notwendigkeit der Einheit und des Zusammenhalts, als dass man über sie hinweglesen könnte. Darin heisst es:

"Diese Regierung ist kein Parteiregiment, sondern der im Angesicht Hindenburgs feierlich geschworene Bund aller nationalen Kräfte.... Auch in diesem Wahlgang ringen wir nicht um die Ausdehnung der eigenen Macht innerhalb der Regierung, sondern allein um die Vertiefung und Befestigung der nationalen Einheit. Wir sind aber entschlossen, diese mühsam errungene Einheit gegen jeden erneuten Angriff des Parteigeistes bis zum Äussersten zu verteidigen. Denn das deutsche Volk will Führer, denen das Vaterland über der Partei steht."

Unausgesprochen steht in dieser Beschwörung zunächst: Wir wollen nicht, dass die Nationalsozialistische Partei die Vormacht in der Regierung erhält oder am Ende gar die Alleinherrschaft. Es ist eine feierliche Deklaration gegen das Ausschliesslichkeitsprinzip der deutschen faschistischen Partei!

Es wird in diesen Sätzen an einen Eid erinnert. Die Erinnerung an einen Eid in voller Öffentlichkeit pflegt immer nur dann zu geschehen, wenn man von einem anderen nicht die absolute Eidestreue voraussetzt. Aus dieser Erinnerung erfährt man, dass seit der Regierungsbildung die Beteiligten einen feierlich beschworenen Bund geschlossen haben. Es wäre interessant weiter zu erfahren, auf welcher Grundlage dieser Bund geschlossen worden ist, wie die Eidesformel gelautet hat, und vor allem - ob alle geschworen haben!

Das Volk und die Wahrheit.

Es ist gefährlich, das Volk von der Wahrheit gewaltsam entfernt zu halten. Das Verschweigen der Wahrheit, die gewaltsame Verhinderung des Aussprechens, was ist, rächt sich früher oder später! Nicht zuletzt am Verschweigen der Wahrheit, am Kampf der Militärzensur gegen die freie Meinungsäusserung ist das kaiserliche Regime zuletzt zusammengebrochen. Der Generaloberst von Falkenhain hat in seinem Erinnerungsbuch das folgende Bekenntnis abgelegt:

"Die allgemeine Kriegslage war in dem Zeitpunkt der Uebernahme der Geschäfte durch den Generalfeldmarschall von Hindenburg ernst. Sie ist mit Schwankungen dem Grade nach seit dem 14. September 1914 nie anders gewesen, bis zum bitteren Ende so geblieben und konnte infolge der vielfachen Ueberlegenheit der Feinde an Kräften und Mitteln nicht anders sein, bevor deren Kriegswille gebrochen war. Nichts hat wahrscheinlich mehr zu dem jämmerlichen Ausgang des Krieges beigetragen als der Umstand, dass diese Tatsache erst zu der Zeit, als nichts mehr zu retten war, der Masse des Volkes enthüllt wurde."

Als die Enthüllung Ende 1918 erfolgte, da schrieb selbst ein so weit rechtsstehender Politiker wie der Herr von Heydebrand auf: "Wir sind belogen und betrogen worden!" Die Empörung eines Volkes über die Lüge eines diktatorischen Regimes ist eine der stärksten Triebkräfte für jede Revolution noch immer gewesen!

Bei Stalin in der Schule.

Der Aufruf der Reichsregierung "An das deutsche Volk" hat einen Vierjahresplan angekündigt. Es ist offensichtlich, dass Stalins Fünfjahresplan bei dem Gedanken eines Vierjahresplans für Deutschland Pate gestanden hat. Wir erwarten keineswegs, dass Tendenz und Inhalt des angekündigten Vierjahresplans mit Tendenz und Inhalt des Stalinschen Plans übereinstimmen wird. - Aber ist es nicht bezeichnend, dass gerade die jetzige deutsche Regierung dem Gedanken einer Planwirtschaft Konzessionen macht?

Auch Wilhelm von Doorn macht sich neuerdings Gedanken über die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Er hat Betrachtungen über das Thema veröffentlicht: Darf die Maschine den Menschen verdrängen? Seine Betrachtungen gipfeln in der Forderung, es müsse ein Gesetz über die Anwendung von Maschinen gemacht werden, das zu einer Art von Konzessionspflicht für die Einführung neuer Maschinen unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt enthalten müsse. In primitivster Form tritt auch hier der Gedanke der Planwirtschaft zutage. Ist es nicht bezeichnend, dass selbst Wilhelm II. heute gewissermassen bei Stalin in die Schule geht? Wilhelm und seinesgleichen müssen jedoch noch viel lernen, ehe sie den wirklichen Sinn einer echten Planwirtschaft erfasst haben werden.

Schöne Aussichten!

Der neueste Sport ist die Gasmaske für Frauen. In der Presse, die um die nationale Erziehung des deutschen Volkes bemüht ist, werden in immer grösserer Häufung Bilder von Übungen veröffentlicht, die mit der Gasmaske versehene Hausfrauen anstellen. Da sieht man Frauen im weissen Kittel und mit der Gasmaske versehen, die durch einen Kellergang klettern, der durch umgeworfene Möbelstücke schwer passierbar gemacht worden ist. Auf anderen Bildern erblickt man Frauen im weissen Kittel und in der Gasmaske bei Freiübungen, bei denen sie die richtige Atemtechnik mit der Gasmaske lernen sollen. So sieht die ganz echt nationale Erziehung der deutschen Frau aus! Gasmaske um, Kniebeuge, Arme vorgestreckt - das ist das Wichtigste, was sie lernen müssen! Es lebe die echte deutsche Frau!

Spitzel an die Front!

Das nationalsozialistische Blatt in Würzburg ruft nach Spitzeln und Schnüfflern. Es erregt sich darüber, dass im Zug von Frankfurt nach Würzburg des öfteren unehrerbietige Reden über Hitler und die Reichsregierung geführt werden. Es fordert alle Nationalsozialisten auf, genau auf die Reden der Mitreisenden zu achten und falls sie etwas erschnüffeln sollten, auf der nächsten grösseren Station die Bahnpolizei zu alarmieren.

Auf solche Weise haben die Nationalsozialisten etwas zu tun, und sie kommen nicht auf den Gedanken, nach der Erfüllung der grossmäuligen nationalsozialistischen Versprechungen zu fragen!

Die Ironie der Geschichte.

Am 8. Oktober 1932 schrieb der Nationalsozialist Graf E. Reventlow im "Reichswart": "Abgesehen von dem sehr kleinen Teil der Bevölkerung, der Umsturz um des Umsturzes willen möchte, wollen alle Ordnung. Die gesamte gewaltige Masse der Arbeitnehmerschaft will Ordnung unter gerechten Verhältnissen. Die gottgegebene Oberschicht will Ordnung mit ungerechten Verhältnissen. Sie sprechen von sozial sein und verstehen darunter, dass die unteren Schichten ein paar Leuten und Kliken, die sich Führerberechtigung anmassen, botmässig seien." Wer diese Worte vom Oktober 32 im Februar 33 wiederliest, der versteht die Ironie der Geschichte.

Aus aller Welt

Aus Preussens vorleben.

Das weisse Stäbchen - das Hakenkreuz von 1848!

SPD. Dieser Tage kommt ein Buch heraus, das sehr dazu angetan ist, Verständnis für die Gegenwart durch Erkenntnis der Vergangenheit zu schaffen: Kurt Kerstens sehr lesenswertes Geschichtsbuch "1848" (Kiepenheuer Verlag). Kerstens Buch unterscheidet sich von anderen Darstellungen dieser Zeit dadurch, dass es den grossen Kampf zwischen Feudalismus und Liberalismus in den Jahren zwischen dem Sturz Napoleons und dem Sturz seines mächtigen europäischen Nachfolgers Metternich nicht nur als einen Kampf zwischen diesen beiden Gegnern schildert, sondern auch als gemeinsamen Kampf gegen einen dritten Gegner, der damals fast noch garnicht leiblich auf der europäischen Bühne stand, aber doch schon als Gespenst auf ihr vorspukete: das Proletariat. In der gemeinsamen Angst vor dem Proletariat sieht Kersten mit Recht den Grund für den Zusammenbruch der bürgerlichen Revolution von 1848: in zwölfter Stunde erkannte damals das Bürgertum, dass seine Furcht vor dem Arbeiter grösser ist, als sein Gegensatz zum Junkertum.

Die Jahre 1815 bis 1848 gelten gewöhnlich als leere Jahre. Kersten zeigt, welche enorme Entwicklung das Deutschland dieser sogenannten leeren Jahre gehabt hat. 1835 betrug die Länge der Eisenbahnstrecken nur 6 Kilometer; 1845 waren es 23 000, 1850 bereits 838 000 Kilometer. Bis zum Jahre 1825 gab es 16 Aktiengesellschaften mit 34 Millionen Mark Kapital; 25 Jahre später gab es 102 Gesellschaften mit 637 Millionen Mark Kapital. Aber diese Zeit, die ein so rapides Wachstum aufwies, wurde von den Junkern Preussens in einen künstlichen Schnürleib gepresst. Wo eine Regierung zum Freieren war, wurde sie mit Gewalt unterdrückt. Arndt wurde von seinem Amt als Professor in Bonn suspendiert; Schleiermacher drohte Entlassung; Humboldt musste als Kultusminister ausscheiden; der Historiker Welker wurde nach Hause geschickt. In Hannover unterlagen sogar Hochzeitsgedichte und Leichenreden der Zensur. Geistliche wetterten von der Kanzel herab gegen den "schrecklichen Zeitgeist": alle Kräfte seien über die Ufer getreten, man fordere sogar Freiheit und Gleichheit, aller Respekt vor dem Höherstehenden wäre verschwunden. Beifällig hörte der König von Preussen solche Predigten: "Schöne Rede gehört, sehr zweckmässig, kann sich mancher ins Gewissen greifen!" Und der regierende Publizist Friedrich Gentz, Metternichs "Feder", schrieb kategorisch: "Es bleibt bei meinem Satz: es soll zur Verhütung des Missbrauchs der Presse binnen... Jahre garnichts gedruckt werden. Punktum." Gewiss geht auch in Zeiten des offiziellen Dunkels das Licht in den einzelnen Gehirnen nicht aus; aber diese Gehirne dürfen in diesen Zeiten ihr Licht nicht leuchten lassen. Was nützte es, dass Humboldt erkannte: "Alles blos polizeiliche Treiben verfehlt allmählich seinen Zweck, es macht das Uebel in seiner Wurzel immer schlimmer und kommt nie dahin, alle Ausdrücke zu hemmen, ja nur zu entdecken"? Was nützte es, dass kurz nach dem Frankfurter Putsch, 1833, einer der grössten Dramatiker Deutschlands, der junge Georg Büchner schrieb: "Man wirft den jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt vor. Sind wir denn nicht in einem Gewaltzustand?... Was nennt Ihr denn einen gesetzmässigen Zustand? Ein Gesetz, das die grosse Masse der Staatsbürger zum frohnenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen? Und dies Gesetz, unterstützt durch

eine rohe Militärgewalt und durch die dumme Pfiffigkeit seine Agenten, dies Gesetz ist eine ewige rohe Gewalt, angetan dem Recht und der gesunden Vernunft? Nichts nützten diese Erkenntnisse der geistigen Menschen jener Tage! Es regierte jehe absolute macht, die nicht nach Wahrheit und Gerechtigkeit fragt.

Und als dann die Stunde kam - in Paris, in Wien, in Berlin - da diese Macht zusammenbrach? Da bildete das Bürgertum eine Schutzkommission, um die Menge zu beruhigen. Die Mitglieder der Kommission sollten weisse Stäbe und eine Binde tragen; die Länge der Stäbe war genau vorgeschrieben: sie durfte nicht mehr als anderthalb Fuss betragen. Nicht vor diesen Stäben der Bürger, wohl aber vor den Barikaden der Arbeiter wichen der König und sein preussischer Adel einen Augenblick aber einigten sich diese Stäbchen mit den Kanonen des preussischen Königiums - und wurden bald zerbrochen

+ + +

Verurteilte Falschmünzer. Die 6. Strafkammer des Hamburger Landgerichts verurteilte am Mittwoch den Gewohnheitsverbrecher Arnold Petersen wegen gemeinschaftlichen Münzverbrechens bzw. Beihilfe zum Münzverbrechen oder Münzvergehen zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, ferner 10 Mitangeklagte ebenfalls zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Petersen und seine Komplizen haben falsche 20-Markscheine angefertigt und verbreitet. Ihre Werkstatt war im Oktober vergangenen Jahres ausgehoben worden.

+ + +

Brolat-Antrag. Im Prozess gegen den früheren BVG-Direktor Fritz Brolat beantragte der erste Staatsanwalt Rombrecht gegen den Angeklagten am Donnerstag eine Strafe von 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, dass Brolat in allen drei ihm zur Last gelegten Punkten wissentlich falsche Aussagen gemacht habe. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte den Freispruch seines Mandanten, da er ihn für unschuldig halte. Ebenso bat Brolat in seinem Schlusswort um Freispruch. Er erklärte, dass er bewusst keinen Meineid geleistet habe und dass er das Tapolski-Protokoll niemals unterschrieben haben würde, wenn er gewusst hätte, dass es die Grundlage eines gerichtlichen Verfahrens bilden könne. Das Urteil wird am Sonnabend verkündet.

+ + +

Unter der Lawine. Im Tiroler Uttal wurden zwei Hamburger Touristen von einer Lawine verschüttet und getötet.

+ + +

Eine Nazi-Zierde. Bei der Staatsanwaltschaft Gleiwitz schwebt augenblicklich ein Ermittlungsverfahren gegen den Reisevertreter Ernst Mannchen, der des Vergehens gegen den § 218 beschuldigt wird. Mannchen ist Adjutant des Führers der Nazis im oberschlesischen Industriegebiet. Um in Offiziersbünden und Regimentsvereinen Einlass zu finden, gab er sich fälschlich als ehemaliger Oberleutnant aus. Seiner Mutter, einer ehrbaren Fleischersfrau in Schweidnitz, verlieh er zu diesem Zweck das Adelsprädikat.

+ + +

Ein "Sachverständiger". Eugen Lauber in Leipzig, als Präsident des "Interessenverbandes des Deutschen Kraftwagens e.V." wiederholt gerichtlicher Sachverständiger, ist unter der Beschuldigung des Konkursverbrechens und des Offenbarungs-Meineids verhaftet worden.

+ + +

Verschüttet. Im Novier VII der Recklinghausener Zeche König Ludwig wurden drei Bergleute von herabstürzenden Gestein verschüttet. Ein Hauer wurde getötet, zwei Bergleute erlitten schwere Verletzungen.



Aufbauarbeit in 14 Jahren.

Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat.

SPD. "14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert". So lautet die neue Dolchstosslegende der Leute, die angeblich dem Bruderkampf in Deutschland ein Ende machen wollen. Gegen diese Legende, diese grösste Lüge des Jahrhunderts, veröffentlicht die "Soziale Praxis", also ein führendes sozialpolitisches Organ, einen aufschlussreichen Aufsatz von Theodor Leipart, dem Führer der freien Gewerkschaften.

Leipart ruft in seinem Aufsatz all den Menschen in Deutschland, die noch einen Funken Verantwortungsgefühl besitzen und auch noch ein Gefühl für Wahrheit und Gerechtigkeit haben, noch einmal in Erinnerung, was die Gewerkschafter im Laufe der letzten 14 Jahre in schweren Stunden für Deutschlands Rettung geleistet haben.

Kriegsende, Ruhrkampf, Inflation und Wirtschaftskrise - jeder dieser Zeitschnitte der letzten 14 Jahre ist ein Ruhmesblatt für die Opferarbeit der Gewerkschaften - für Opferarbeit, die für Deutschland geleistet worden ist. Wie war es nach dem Zusammenbruch? Leipart erinnert an das Abkommen zwischen den Spitzenvertretungen aller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im November 1918. Inmitten der Auflösung des Staatswesens, nur auf ihre eigene Kraft gestellt, und von ihrem eigenen Willen bewegt, unterzeichneten die Gewerkschaften dieses Abkommen, um die für den geschichtlichen Augenblick beim Abbruch des Krieges wichtigste nationale Aufgabe, die reibungslose Zurückführung der Arbeiter und Angestellten im Waffenrock an die Stätten produktiver Arbeit nach bestem Vermögen zu fördern. Nur der Haltung der Gewerkschaften war es zu danken, dass die Rückführung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den Friedenszustand ohne nachhaltige Störungen möglich war.

Zu den Ergebnissen des Novemberabkommens und der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung seit 1918 gehört der Tarifvertrag. Sein Nutzen liegt darin, dass er dem Arbeitsverhältnis, der Daseinsgrundlage von Millionen besitzloser Arbeiter und Angestellten, einen festeren Halt und den Arbeitsbewegungen eine grössere Beständigkeit verleiht. Diese Feststellung lässt sich durch eine endlose Reihe von Tatsachen in den letzten 14 Jahren hundertfältig unter Beweis stellen. Leipart greift nur die Tatsachen des Ruhrkampfes und der Inflation heraus.

Im Jahre 1923 - betont Leipart - führten die deutschen Gewerkschaften in der einen Hand den passiven Widerstand gegen den Einbruch fremder Militärgewalt in deutsches Gebiet durch, während sie mit der anderen Hand den Zusammenbruch der Lebensführung des arbeitenden Volkes, der von der Geldentwertung auszugehen drohte, abwehrten. Aber dieser Kampf gegen die zerstörenden Wirkungen der Inflation wäre aussichtslos gewesen, wenn die Gewerkschaften nicht, den durch Verfassung und Arbeitsrecht gegebenen Spielraum nützend, ein nahezu lückenloses, alle Erwerbszweige einschliessendes, System von Tarifverträgen errichtet und aufrechterhalten hätten. Ende 1922 war das Arbeitsverhältnis für 14,25 Millionen Arbeiter und Angestellte tarifvertraglich geregelt. Der individuelle Vertragsabschluss war während der Inflation unmöglich.

Im Jahre 1922, dem Jahre der zahlreichsten Arbeitskämpfe in der Zeit der Inflation, verzeichnet die Statistik des ADGB 126 025 Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung zu Ende geführt wurden. An diesen Lohnbewegungen waren 59 Millionen Personen beteiligt. Diese gewaltigen Zahlen lassen die Grösse der Unruhe, die das soziale und wirtschaftliche Leben beherrschte, erkennen. Sie zeigen zugleich, mit welcher Häufigkeit die Arbeitsbedingungen überprüft und geändert werden mussten. Setzt man aber neben diese Zahlen die Angaben über die Streiks und Aussperrungen des gleichen Jahres, so ergibt sich, dass die soziale Unrast der Zeit in weit überwiegender Masse durch friedlichen Ausgleich gebannt werden konnte. Denn nur 4 930 Lohnbewegungen, an denen 1,1 Millionen Personen beteiligt waren, führten zu Arbeitseinstellungen. Ohne Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht, ohne das umsichtige, von den Gewerkschaften geleitete, Wirken der jungen Institution der Betriebsräte wäre in den Jahren der Inflation im Bereich des Arbeitsverhältnisses eine Unordnung und Ungewissheit eingetreten, die das industrielle Leben zum Erliegen geführt hätte. Als aber die deutsche Währung und mit ihr die Basis der Lohnberechnung völlig zusammenbrach, da war die Verwirrung nur aufzuhalten durch die in der Erfahrung begründete Hoffnung des Kernes der Arbeiterschaft auf eine Neuordnung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften. Wenn das Experiment der Rentenmark glückte, dann nicht zuletzt durch das Beispiel der Zuversicht das die Gewerkschaften dem Volk gaben, indem sie sofort ans Werk gingen, um nach dem neuen Geld die neuen Löhne tarifvertraglich zu vereinbaren.

Die Gewerkschaften - so schliesst Leipart seinen Hinweis auf den Abbruch des Krieges, auf den Ruhrkampf und die Inflation - haben in den grossen Lebenskrisen Deutschlands stets als tragende Pfeiler des sozialen Gefüges sich bewährt. "Der gleiche Beweis" - betont Leipart mit Nachdruck - "wird sich einst - dessen bin ich gewiss - auch für die gegenwärtige Krise führen lassen, mit dem Vorbehalt allerdings, dass ein gleiches Mass an Leistung für Volk und Staat den Gewerkschaften nur möglich ist, wenn Staat und Volk ihnen das gleiche Mass an Recht und Freiheit der Aktion, über das sie seither verfügten, zugestehen."

Leipart erinnert schliesslich an die gewaltigen Leistungen der Gewerkschaften für den kulturellen Aufstieg der Arbeiter im Kampf um bessere Wohnungen, um kürzere Arbeitszeit, um Teilnahme des Arbeiters an dem Geistesleben der Nation. Vor allem aber ruft er noch einmal die erstaunlichen Opfer in Erinnerung, die die Gewerkschaften zur Linderung der Arbeitslosigkeit gebracht haben: allein 1931 gaben die dem ADGB angeschlossenen Verbände für Unterstützungen 110 Millionen Mark aus. "Zöge ich - so betont Leipart - die Summe der Aufwendungen für diese Tätigkeit der Gewerkschaften in den 14 Jahren seit 1918, zusammen, so könnte ich mit phantastisch hohen Zahlen aufwarten."

Und diese Aufbauarbeit darf in Deutschland als Verbrechen an Volk und Land heruntergerissen werden. Es steht nicht gut um ein Land, wo so etwas möglich ist.

SPD. Die Eisenbahnergewerkschaften aller Richtungen haben an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie die unter Hinweis auf den schärfen Wettbewerb des Kraftwagens die bestimmte Erwartung aussprechen, dass alle Massnahmen unterlassen werden, die zum Schaden des Reichsbahnpersonals auslaufen müssen. Sie verlangen, der Reichsbahn in stärkerem Mass als bisher gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen, damit auf diese Weise der wirtschaftlich notwendige Bestand der deutschen Eisenbahnen und damit auch die Existenzgrundlage von etwa 2 Millionen Volksgenossen sichergestellt wird.

Die Eingabe der Eisenbahnerorganisationen an die Reichsregierung ist nicht zuletzt eine Auswirkung der Rede des Reichskanzlers bei der Eröffnung der Berliner Automobilausstellung. Diese Rede hat bei den Eisenbahnern grosse Verstimmung hervorgerufen, und die Verbandsblätter der organisierten Eisenbahner beschäftigen sich eingehend mit Hitlers Eröffnungsansprache.

Die Rede, so betont "Der Deutsche Eisenbahner", die Verbandszeitschrift des Einheitsverbandes, war ein "eindeutiges Bekenntnis zum Individualismus und zur kapitalistischen Wirtschaftsweise". Hitlers Behauptung, im Kraftwagen und im Flugzeug habe der Mensch Verkehrsinstrumente erhalten, die wieder dienende Mittel zum Zweck werden, entspreche nicht den verkehrswirtschaftlichen Tatsachen. Gerade der gewerbmässige Kraftwagenverkehr fühle sich nicht als dienendes Glied der Verkehrswirtschaften, sondern sei Selbstzweck kapitalistischer Unternehmer. Die Eisenbahnen betätigten sich in weit stärkerem Masse als der Kraftwagenverkehr als dienendes Glied der Gesamtwirtschaft, und gerade deshalb sei ihre Position im Wettkampf mit dem Kraftwagen schlecht. Die "staunenswerte Entwicklung" des Lastenverkehrs auf der Landstrasse verdanke man nicht, wie der Reichskanzler es ausgesprochen habe, der privaten Initiative der Automobilindustrie, sondern sie sei vor allem darauf zurückzuführen, dass die Eisenbahn bisher nicht von ihren Bindungen befreit worden sei, und weil man es versäumt habe, den Kraftwagenverkehr frühzeitig in das nationale Verkehrssystem einzugliedern. Die Eisenbahner seien nicht gegen den technischen Fortschritt, aber sie wehrten sich dagegen, dass die Entwicklung auf Kosten eines leistungsfähigen und bewährten Verkehrsmittels, wie es die Eisenbahnen seien, vor sich gehe. Der hemmungslose Kampf der verschiedenen Verkehrsmittel um möglichst grosse Anteile am Verkehrsvolumen müsse aufhören und einem System gegenseitiger Ergänzung und Unterstützung Platz machen. Wenn Hitler sage, dem Auto und dem Flugzeug gehöre die Zukunft, so sei das seine persönliche Meinung. Einstweilen und noch sehr lange würden die Eisenbahnen das Rückgrat des öffentlichen Güter- und Personenverkehrs bleiben. Die Ausführungen des Reichskanzlers könnten die Eisenbahner in ihrem Kampf um eine Neuordnung der deutschen Verkehrswirtschaft und damit um die Sicherung der Existenzbasis des Reichsbahnpersonals nicht irre machen.

SPD. Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller hat, nachdem die Tabakarbeiterverbände Reichstarifvertrag und Bezirkstarifverträge für die Zigarrenherstellung zu Ende März aufgekündigt hatten, nun ebenfalls die Tarifverträge gekündigt. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Zigarrenhersteller stellen Abänderungsanträge, die vor allem Lohnsenkungen von 5 bis 18% und die Ausserkraftsetzung der Ferienbestimmungen für 1933 vorsehen.

Die freien und christlichen Tabakarbeiter werden bei den Verhandlungen geschlossen für die von ihnen eingereichten Forderungen eintreten.

SPD. In Baden hat die Haltung der Reichsregierung gegenüber den Arbeitsbeschaffungsvorschlägen der badischen Regierung grosse Enttäuschung hervorgerufen. Das vom Landtag verabschiedete Arbeitsbeschaffungsprogramm das auch wertvolle Vorschläge der Sozialdemokratie umfasst, erfordert einschliesslich der Vorschläge der Gemeinden einen Betrag von rund 40 Millionen Mark. Als Hauptarbeiten sind vorgesehen die Elektrifizierung der badischen Bahnen und Neubauten der Universitätskliniken in Freiberg und Heidelberg.

Die badische Regierung hat ihr Programm den zuständigen Stellen der

Reichsregierung vorgelegt und der badische Finanzminister war persönlich beim Reichskanzler Hitler vorstellig geworden. Das Ergebnis des badischen Schrittes war jedoch gleich Null. Wie der Finanzminister mitteilt, zeigte sich der Reichskanzler in der Frage der Elektrifizierung der badischen Bahnen gänzlich unorientiert; er meinte, zur Förderung des Fremdenverkehrs, der für Baden von grosser Bedeutung sei, sei wohl der Ausbau von Autostrassen zweckdienlicher. Er empfiehlt also die Anlage von Konkurrenzunternehmungen gegen die Reichsbahn.

Von den vorgesehenen übrigen Arbeiten hat die badische Regierung zunächst Anträge im Betrage von 10 Millionen Mark eingereicht. Die Anträge kamen von Berlin zurück mit dem Bemerkten, die angeforderte Summe überschreite die badische Quote um 70%; es könnten nur die dringlichsten Arbeiten bewilligt werden.

Dreiviertel bis Vierfüntel der vom badischen Programm vorgeschlagenen Arbeiten können also nicht ausgeführt werden. Auch die dringend nötigen Neubauten der Universitätskliniken werden nicht durchgeführt. Das Reich zeigt dem Lande Baden die kalte Schulter. Alles für den Osten, wo der Grossgrundbesitz dominiert, nichts für den Westen. Das ist das neue System; in Wirklichkeit ist es das alte Vorkriegssystem.

SPD. Die Zeiten sind ernst. Auch die Führer der Kommunisten könnten das allmählich begriffen haben und dementsprechend dafür sorgen, dass ihre Presse mit dem albernen RGO-Sieg-Schwindel nun endlich einmal aufhört. Mit ihrem RGO-Sieg in Peine hat sie sich wieder einmal ein schönes Stückchen geleistet.

Bombastisch wurde über einen Streik in den Schrauben- und Mutterwerken in Peine berichtet. Der Betrieb ist seit längerer Zeit eine Hochburg der Kommunisten. Wiederholt sollte von hier aus zum Generalstreik aufgerufen werden. Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler bot nach Ansicht des roten Betriebsrats die beste Gelegenheit dazu. Die Arbeiterschaft wollte aber nicht recht glauben, dass Hitler durch einen Streik bei den Schrauben- und Mutterwerken in Peine aus dem Sattel gehoben werde, und deshalb wurden noch einige andere Forderungen aufgestellt, so u. a. die Forderung, dass Betriebsfremde für vorübergehend Entlassene nicht eingestellt werden dürfen, dass die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden, dass die Streikleitung zur Verhandlungsführung berechtigt ist und dergleichen Dinge mehr. Für diese Forderungen wurde ein Tag "Generalstreik" gemacht, und am andern Morgen meldete die kommunistische Presse, dass unter der alleinigen Führung der RGO fast sämtliche Forderungen bei der Betriebsleitung durchgedrückt worden seien. Der "siegreiche" Streik, so wurde freudestrahlend erklärt, sei aber nur möglich gewesen, weil die Belegschaft eine rote Streikleitung gewählt und dadurch auch die Politik der KPD und RGO als richtig anerkannt habe.

Wie sah der siegreiche Streik in Wirklichkeit aus? Der Betriebsleiter forderte vor Arbeitsaufnahme die Entlassung des Vorsitzenden des roten Betriebsrats und - in geheimer Abstimmung beschloss die "revolutionäre" Belegschaft mit allem gegen nur 3 Stimmen, der rote Betriebsrat sei zu entlassen. Die Belegschaftsmitglieder erhielten jeder eine Geldstrafe von 2 Mark wegen unerlaubten Verlassens der Arbeit auferlegt; dann erst durften sie wieder arbeiten. Der Streik war für die Arbeiter in vollem Umfang verloren.

Wirtschaft Technik Ganzen

Leere Versprechungen.

Sinkende Beschäftigung in der Industrie - Das Märchen des Herrn von Papen.

SPD. Vor etwa einem halben Jahr hat der damalige Reichskanzler von Papen der jetzt Vizekanzler in der Regierung Hitler ist, angekündigt, die Wirtschaft mit Hilfe von Steuerscheinchen und sonstigen Subventionen zu beleben und 1½ Millionen Arbeitern Arbeit und Brot zu geben. Diese Ankündigung hat man in unserer schnelllebigen Zeit anscheinend vergessen. Man hörte auch in den ersten Monaten des Papenschen Wirtschaftsprogramms, an dem die gegenwärtige Regierung im grossen und ganzen festhält, hier und da von Einstellungen, die dieses oder jenes Unternehmen vornahm. Das ist schon lange vorbei. Die Berichte der Wirtschaftsverbände melden jetzt vielmehr Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen. Sie werden durch die Ergebnisse der Industrieberichterstattung, die das Reichsstatistische Amt veröffentlicht, bestätigt.

Die Beschäftigung ist danach in der Industrie während des Monats Januar zurückgegangen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist von 42,1 % im Monat vorher auf 40,2 % der Arbeiterplatzkapazität (das ist die Höchstzahl der Arbeiter, die bei voller Ausnutzung aller Betriebseinrichtungen beschäftigt werden können) gesunken. Wir geben darüber folgende Aufstellung:

	<u>Dezember 1931</u>	<u>Dezember 1932</u>	<u>Januar 1933</u>
	(Zahl der beschäftigten Arbeiter in Prozent der Arbeiterplatzkapazität).		
<u>Gesamtindustrie</u>	44,7	42,1	40,2
<u>Produktionsgüter</u>	37,1	36	34,1
<u>Maschinenindustrie</u>	37,3	31,9	31,9
<u>Verbrauchsgüter</u>	54,7	50,2	48,2
<u>Textilindustrie</u>	63,5	62,6	60,9
<u>Kulturbedarfsgewerbe</u>	42,2	34,4	31,5
<u>Nahrungsmittelindustrie</u>	60,1	60	55,9.

Die Beschäftigung steht unter dem Druck des verringerten Einkommens und der Auswirkungen der falschen Handelspolitik. Die Lohnkürzungen und Experimente mit Zöllen und Kontingentierungen rächen sich schwer an der Arbeiterschaft. Wohin dieser Druck führt, zeigt u.a. der Rückgang im Kulturbedarf, der ein beängstigendes Ausmass angenommen hat.

Im Dezember 1931 betrug die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden noch 38 % der Arbeiterstundenkapazität. Die Zahl sank bis zum Dezember 1932 auf 36,4 und im Januar 1933 auf 33,3. In der Textilindustrie verminderte sich z.B. der Prozentsatz vom 55,1 im Dezember 1932 auf 51,3 im Januar 1933, in der Nahrungsmittelindustrie von 54,6 auf 48,2.

Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug im Dezember 1932 noch 6,93 Stunden; sie sank bis zum Januar 1933 auf 6,73 Stunden.

Die Zahl der beschäftigten Angestellten machte im Dezember 1931 noch 67,6 der Angestelltenplatzkapazität aus, im Dezember 1932 nur noch 58,9 und im Januar 1933 noch 58 %.

Die tatsächliche Lage auf unseren Arbeitsmärkten ist schlecht mit den Ankündigungen der schwarz=weiss=roten Regierungen vereinbar. Die Rechtsparteien helfen sich in ihrer Agitation mit der Behauptung, der Marxismus habe

die Wirtschaft zerstört. Der Marxismus hat aber seit Jahren keinen Einfluss auf unsere Wirtschaftspolitik. Es ist eine Verdrehung, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften Dinge anhängen zu wollen, die eine direkte Folge der Lohn- und Gehaltskürzungen und der unbegreiflichen Wirtschaftspolitik, insbesondere der Handelspolitik, sind. Rettung bringt uns ein anderer Kurs in unserer gesamten Wirtschaftspolitik. Deshalb wählt am 5. März sozialdemokratisch
Liste 2!

SPD. Der Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium, der pommer-
sche Landbundführer von Rohr-Demmin, hat in einer Rundfunkrede mitgeteilt, wie
er sich die Rettung des deutschen Bauern vorstellt. Wir müssen schon sagen, wie
dass uns das Rohrsche Programm nicht im entferntesten geeignet erscheint, die
deutsche Landwirtschaft zu retten.

Ein besonderer Punkt in dem Rohrschen Programm ist die zusätzliche Ein-
stellung von Arbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft. Der Bauer, der
einen Arbeitslosen zusätzlich einstellt, soll einen Farbetrag vom Staate erhal-
ten, der dem Unterstützungssatz eines Wohlfahrtsempfängers entspricht. Der
Staatssekretär meint, so bekäme der eingestellte Arbeiter wohl nur einen "ge-
ringen Lohn", dafür aber gute Kost und Arbeit. Vor nicht allzu langer Zeit
haben die Nationalsozialisten dem jetzigen Staatssekretär im Reichslandwirt-
schaftsministerium in einem Flugblatt vorgeworfen, er habe deutsche Arbeiter
entlassen und dafür polnische Wanderarbeiter beschäftigt. Was werden die Na-
zis in Pommern zu diesen Ausführungen Rohrs sagen? Sie bedeuten einen Angriff
auf das Tarifrecht des Landarbeiters. Soll der Lohn des Landarbeiters auf den
Satz der Wohlfahrtsunterstützung heruntergedrückt werden?

Im Mittelpunkt des Rohr'schen Programm stehen verschiedene Verwendungs-
zwänge. Die Zwänge beziehen sich auf deutsche Wolle, deutsche Häute (Leder-
industrie), deutsche Faser (Leinenindustrie), deutsche Fette (Seifenfabrika-
tion) und deutsche Zellulose (Papierindustrie). Wo der Weg der Freiwilligkeit
nicht genüge, so meinte der Staatssekretär in seiner Rundfunkrede, werde die
Regierung zum Zwang schreiten. Mit dem Zwang ist es aber eine eigentümliche
Sache. Die Waren werden dadurch nicht besser. Sie werden aber teurer, wodurch
sich der Absatz der Landwirtschaft vermindert. Dagegen hilft kein Zwang. Wohl
aber Erhöhung der Löhne, damit der Arbeiter der Landwirtschaft wieder mehr ab-
kaufen kann.

Hinsichtlich des Butterkontingents, das bereits von 100 000 Tonnen im
vorigen Herbst auf 55 000 Tonnen gedrosselt wurde, bemerkte der Staatssekre-
tär, dass er, da Deutschland bis zum November 1933 an dieses Kontingent ge-
bunden ist, ganz "außerordentliche Massnahmen" treffen werde, um den ange-
blich durch das Butterkontingent eingetretenen Druck auf die Milchpreise auszu-
gleichen. Der Staatssekretär scheint hier an ähnliche Stützungsexperimente
zu denken, wie wir sie zur Genüge von den Getreidemärkten her kennen. Den Stüt-
zungsstellen auf den Getreidemärkten (Deutsche Getreidehandelsgesellschaft)
ist auch bereits eine Molkereiproduktionsabteilung angegliedert. Mit dem Geld
der Steuerzahler will man also die Milchpreise verteuern. Der Absatz muss na-
türlich dabei zurückgehen. Wie mit diesen Methoden der Landwirtschaft geholfen
werden soll, ist einfach unerfindlich.

Im übrigen will der Staatssekretär von Rohr durch "weise Beschränkung"
der Anbauflächen für Zuckerrüben, Tabak und Hopfen eine "gesunde Grundlage"
für diese Produktionen schaffen. Er will also durch Produktionsdrosselung
z.B. den überteuerten Zuckerpreis hochhalten, obwohl der Landwirtschaft eine
Steigerung des Zuckerverbrauchs durch eine erhebliche Preissenkung nützt.

SPD. Die Senkung der Zinssätze bei der Reichsbank, die man auf Grund des letzten Reichsbankausweises allgemein erwartet hatte, dürfte fürs erste nicht erfolgen.

Dabei verweist man auf die internationalen Geldmärkte, die sich in der letzten Zeit, u.a. infolge der Bankkrachs in Amerika, verschlechtert haben. Natürlich können entsprechende Auswirkungen auf die deutschen Geldmärkte nicht ausbleiben. Allem Anschein nach will auch die Reichsbank die Verhandlungen über Rückzahlungen des Rediskontkredits abwarten. Der Rediskontkredit, rund 420 Millionen Mark, wurde im Jahre 1931 während der Finanzkatastrophe zur Stützung der deutschen Währung aufgenommen. In der Zwischenzeit hat sich dieser Kredit durch Rückzahlungen auf 360 Millionen Mark verringert. Nun verlangen die Geldgeber, Amerika, Frankreich und England, die Rückzahlung eines grösseren Teilbetrags. Vor einiger Zeit wollte man wissen, dass die deutsche Reichsbank bereit war, eine Rückzahlung von 40 Millionen Mark zu leisten. Wenn man bis jetzt aber noch keine Einigung über den Rückzahlungsbetrag erzielt hat, kann man daraus schliessen, dass weit mehr als 40 Millionen Mark gefordert werden. Im übrigen sind, bevor die Diskontsenkung bei der Reichsbank in Kraft tritt, bestimmte Fragen bei den deutschen Banken zu klären. Die Diskontsenkung hat nur Sinn und kann der Wirtschaft nur dann Erleichterung bringen, wenn das Zinsniveau allgemein im Anschluss an die Zinssenkung bei der Reichsbank herabgesetzt wird. Die Sätze liegen aber noch Darlehens der Banken bereits so tief, dass eine weitere Zinsermässigung nur auf Kosten der Verdienstspanne bei den Banken, also der von den Banken zu erzielenden Gewinne gehen kann. Gegen eine Kürzung der Verdienstspanne wehren sich aber natürlich die Banken. Erfolgt diese Kürzung nicht, dann verbilligt eine Diskontherabsetzung bei der Reichsbank nur den Wechselkredit. Der Wechselkredit hat aber gegenwärtig nur beschränkte Bedeutung und würde nur kleinen Kreisen in der Wirtschaft zugute kommen. Die Absicht, der gesamten Wirtschaft durch eine Zinssenkung Erleichterung zu bringen, würde damit nicht erreicht.

SPD. Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, hat auf einem Presseempfang in Dresden erneut alle Experimente auf dem Gebiete der Wirtschaft abgelehnt. Man werde sich weder am Schuldner noch am Gläubiger vergräfen. Zwangsmässige Schuldenstreichungen und Zinsherabsetzungen kämen nicht in Frage. Von Schuldenhöhe und Zinshöhe könne man nur durch Kapitalneubildung loskommen. Dem "lügenhaften Gerede" von einer Antastung der Währung oder gar einer Inflation müsse mit Schärfe entgegengetreten werden. Es gelte jetzt, die Entwicklung rückgängig zu machen, die die Wirtschaft verstaatliche und den Staat verwirtschaftete. Der Kollektivismus erschlage die Persönlichkeit. Politische Preis- und Lohnbildung ziehe den Bankrott des gesamten Volkes nach sich. Demgegenüber müsse die Parole heissen: Leistungspreis und Leistungslohn.

Wo ist bei alledem das Nazi-Programm geblieben? Anstatt der Brechung der Zinsknechtschaft die Unantastbarkeit der Zinsvereinbarungen. Anstelle des Abgehens Deutschlands von der Goldwährung, das im Sofortprogramm der Nazis stand, die Bezeichnung dieser Pläne als "lügenhaftes Gerede". Anstatt der Verstaatlichung der Monopole und der Grossbanken das Rückgängigmachen von Staatseinflüssen. Anstatt der Enteignung der Bank- und Börsenfürsten und der Vermögen, die durch Kriegs-, Inflations- und Deflationsgewinne erworben worden sind, die Förderung der Kapitalneubildung. Anstatt der Beseitigung der Aufsichtsratsantienemen die Beseitigung des "politischen Lohnes", d.h. des Tarifrechts für die Arbeiter und Angestellten. - Und der Ersatz für all die, ach so schnell geopfert Punkte des Sofortprogramms? Ein Vierjahresplan ohne Inhalt!

SPD. Die Spitzenorganisationen der deutschen Konsumgenossenschaften haben der Reichsregierung eine Eingabe zugehen lassen, in der sie sich gegen die Benachteiligung durch die Reichsregierung auf kreditpolitischem Gebiet wenden.

Das Reichskabinett hat den mittelständlerischen Kreditinstituten 30 Millionen Mark Zuschüsse gewährt. Die Vorlage sah ursprünglich eine Summe von 38 Millionen vor. Davon sollten 8 Millionen Mark den Konsumgenossenschaften zugute kommen, die unter der Krise eben so leiden wie die Genossenschaften der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Die Regierung Hitler hat diese 8 Millionen gestrichen. Es handelte sich auch nur um Verbraucher, um Arbeiter, Angestellte und Beamte. Dadurch wird die Einstellung der Regierung Hitler gekennzeichnet. Die organisierten Verbraucher werden sich am 5. März danach zu richten haben.

SPD. Die am Donnerstag zu Ende gegangene Internationale Autoausstellung in Berlin hat nicht den geschäftlichen Erfolg gehabt, den die Firmen auf Grund ihrer technisch-konstruktiven Leistungen verdient hätten. Eine Ausnahme scheinen die Opelwerke, das Tochterunternehmen der amerikanischen General Motors, zu machen, die meldeten, während der Ausstellung 8 000 Wagen nach dem Ausland verkauft zu haben. Danach hätte Opel während der Ausstellung fast viermal so viel Autos allein nach dem Ausland verkauft, als die gesamte deutsche Autoindustrie beispielsweise im Dezember 1932 überhaupt abgesetzt hat; dass man derartige Meldungen in Fachkreisen für Reklametricks hält, erscheint begreiflich.

Soweit man übersehen kann, hält sich vor allem das Geschäft in Kleinst- und Dreiradwagen in Grenzen, obwohl infolge der Einkommensschrumpfung gewisse Kreise vom Mittelwagen zum kleineren Wagen abgewandert sind. Kleinstwagen und Dreiradwagen sind dieses Mal verhältnismässig billig angeboten worden. Trotzdem hat das Publikum zurückgehalten. Man scheint den Dreiradwagen noch nicht ganz ernst zu nehmen und geniert sich anscheinend noch, mit einem solchen Wagen zu fahren.

Gut soll das Geschäft in Motorrädern gewesen sein. Auch die Teil- und Zubehörindustrie hat wohl gut abgeschlossen. Gute Berichte liegen auch über den Verkauf von Luxuswagen vor, weil hier eine Käuferschicht in Frage kommt, die auch heute noch über beträchtliche Bankguthaben verfügt. Jedoch handelt es sich hier um kleine Umsätze, die der Industrie kaum Anregung bringen werden.

Der Mittelwagen, der im Preise bedeutend herabgesetzt wurde und der auch nennenswerte konstruktive Fortschritte aufweist, ist nicht besonders stark gekauft worden. Dafür haben wir bereits auf die Abwanderung gewisser Käuferschichten infolge der Einkommensschrumpfung verwiesen. Andererseits haben die Firmen derartig viele Typen herausgebracht, dass das Publikum kopfschüttel geworden ist. Man stand während der Autoausstellung vor einer Unmasse von neuen Konstruktionen. Dem Publikum wurde nicht nur die Auswahl schwer, sondern man sagte sich auch, dass es besser sei, erst einmal die Erprobung der neuen Konstruktion abzuwarten.

Im grossen und ganzen dürfte die Autoausstellung ein Geschäft gehabt haben, das man mit einigem Optimismus als mittel bezeichnen könnte. Der Hauptgrund dafür ist die Belastung der deutschen Kraftverkehrswirtschaft. Die angekündigte Massnahme der Reichsregierung, die Pauschalsteuer für 4 Wintermonate zu erlassen, ist nicht dazu angetan, eine hinreichende Entlastung herbeizuführen. Die Belastung des Kraftwagenverkehrs liegt nur zum kleinsten Teil bei der Pauschalsteuer. Was drückt, sind die hohen Benzin- und Oelpreise, die während der letzten Jahre durch Subventionen und Liebesgaben an die Grossagrarier, die Schwerindustrie, die Grosschemie erfolgte Unkostenhäufung, die den Autoverkehr und die Motorisierung der deutschen Wirtschaft unterbinden muss.

SPD. Der Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium von Rohrdamm, selbst Grossgrundbesitzer, behauptete in einer Rundfunkrede, die Osthilfeskandale seien ein marxistisches Wahlmanöver. Wie es um dieses "Manöver" bestellt ist, zeigen folgende Ausführungen, die Dr. Pflieger, der die Bayerische Volkspartei im Ueberwachungsausschuss vertritt in Weiden (Oberpfalz) machte:

"In einer Zeit, wo drunten im Bayerischen Wald von ungefähr 90 Schulkindern einer Schule rund die Hälfte im Winter keine Lederschuhe hat, um die Schule besuchen zu können, wo den Eltern sogar die Mittel fehlen, um Holzschuhe, das Paar für 60 Pfg., kaufen zu können, wagt man es vom Osten Norddeutschlands her noch als einen Bolschewismus darzustellen, wenn man dagegen Stellung nimmt, dass ein Gutsbesitzer, der drei Rittergüter besitzt, noch ein viertes dazu kauft und sich dann aus Steuermitteln entschulden lässt. Und man glaubt sagen zu können, es entspreche einer nationalen Ordnung, wenn in einem Entschuldungsverfahren zunächst ein Besitzer von vier Rittergütern rund eine Million Schulden nachweist und während des Sicherungsverfahrens noch ein fünftes Gut dazu kauft".

Zu diesen genauen Angaben über den Missbrauch der Osthilfe hat sich die Regierung bisher nicht geäußert.

Milchpreise.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 24. Februar bis 2. März. 1. Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,5 Rpf, je Liter, b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Rpf je Liter, 2. a) Werkmilch 6,5 Rpf je Liter, b) tiefgekühlte Werkmilch 7 Rpf je Liter. Diese Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag den 24. Februar auf 76 % festgesetzt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 23. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 89, II. Qualität 82, abfallende Sorten 75 RM je 50 kg. Tendenz: befestigt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner, waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,15 - 1,25, Rote Kartoffeln 1,25 - 1,35, Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,45 - 1,60 RM.

Wieder Spritze.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Februar)

SPD. Die Berliner Getreidebörse ist unter Einfluss der staatlichen Stützungsmaßnahmen derart versackt, dass sie immer wieder der Konjunkturspritze bedarf, um für einige Tage zum Leben zu erwachen. Die letzte Spritze wurde der Berliner Börse vom Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium, dem pommerischen Reichslandbundführer von Rohr verabreicht, der in einer Rundfunkrede neue agrarpolitische Massnahmen der Regierung ankündigte. Das Angebot hatte sich infolge dieser Rede am Donnerstag stark vermindert. Auf dem Lieferungsmarkt zogen die Weizennotierungen um $1\frac{1}{2}$ Mark und die Roggennotierungen um 1 Mark an. Am Promptmarkt blieb Roggen unverändert, während Weizen 2 Mark gewann. Für Mehl verlangte man höhere Preise; jedoch war es so gut wie unmöglich, auf der Basis der erhöhten Preise Geschäfte abzuschliessen.

	22. Febr.	23. Febr.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	195 - 197	197 - 199
Roggen	153 - 155	153 - 155
Braugerste	168 - 177	170 - 178
Futter- und Industrierogerste	160 - 167	161 - 169
Hafer	121 - 124	123 - 126
Weizenmehl	23,25 - 26,60	23,25 - 26,75
Roggenmehl	20,40 - 22,40	20,50 - 22,50
Weizenkleie	8,45 - 8,65	8,50 - 8,75
Roggenkleie	8,70 - 8,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $211\frac{1}{2}$ - $213\frac{1}{2}$ - $212\frac{1}{2}$ (210), Mai $213\frac{1}{2}$ - $214\frac{1}{2}$ - $214\frac{1}{4}$ (212), Roggen März 168 - $168\frac{1}{2}$ (167), Mai $169\frac{3}{4}$ - 170 ($168\frac{3}{4}$), Hafer März - ($130\frac{1}{2}$), Mai 137 - $137\frac{1}{2}$ ($134\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 23. Febr.)
A. Inlandseier: Deutsche Handelsklasseneier: I. G1 (vollfrische Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 10,25, Grösse A unter 65 - 60 g 9,75, Grösse B unter 60-55 g 9,25, Grösse C unter 55-50 g 8,75, Grösse D Unter 50 g 7,50. II. G2 (frische Eier) Sonderklasse 9,75, Gr. A 9,25, Gr. B 8,75, Gr. C 8,25. Deutsche sortierte Eier: Vollfrische Sonderklasse 10, Gr. A 9,50, Gr. B 9. Deutsche unsortierte Eier 8 - 8,50, deutsche abweichende kleine, mittlere und Schmutzeier 6,50. **B. Auslandseier:** Dänen, Schweden, Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 9,75 - 10, 17er 9,25 - 9,50, $15\frac{1}{2}$ - 16er 8,50, leichtere 7,25 - 7,75, Holländer, Belgier und ähnliche Sorten 67 - 69 g 10 - 10,25, 60 - 63 g 9 - 9,25, Ungarn und Jugoslawen 7,25 - 7,50, Polen normale 7 - 7,50. Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 - 6,50. Witterung: Leichter Frost und Schneefall. Marktlage: abwartend.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B L I A T T E D E S S P D

Nr. 16

Berlin, den 23. Februar 1933

Appell an die Hausfrauen.^x

SPD. Der grösste Teil des deutschen Einkommens wird von den Frauen verwaltet. Sie sind es, die das Geld über den Ladentisch reichen, um ihre Familie mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Die Hausfrau, besonders die proletarische, muss den Pfennig dreimal umdrehen, ehe sie sich entschliessen darf, ihn auszugeben. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben die Mittel, die für den Haushalt zur Verfügung stehen, so stark gekürzt, dass für Millionen deutscher Haushaltungen der Lebensstandart unerträglich tief gesunken ist. In dieser furchtbaren Not, deren Ursprung den geschulten Anhängern der Sozialdemokratie nur zu gut bekannt ist, haben Millionen den lockenden Schalmeyenklängen aus dem "azilager Gehör geschenkt. "Wählt Nationalsozialisten, und eure Männer werden wieder Arbeit haben", schrieten Millionen von Flugblättern. Und tausende und abertausende von Frauen, denen die Not und der Kampf ums tägliche Brot, die Hoffnungslosigkeit und die Finsternis der Zeit den Blick getrübt hatten, glaubten den Propheten. Sie griffen nach dem Hoffnungsschimmer, wie der Ertrinkende nach dem Strohalm greift. Vergessen waren die Zeiten des Völkermordens, vergessen waren die unerhörten Leistungen der Weimarer Parteien, vergessen oder nicht begriffen war die Tatsache, dass sich auch heute und gerade erst heute die Wirkungen des Krieges zeigen. In vierundzwanzig Stunden, so versprachen die Nazis in ihren Flugblättern, würde Arbeit geschaffen werden, wenn sie an die Macht kämen.

Und nun sind sie in der Regierung. Ihr Parteiführer ist sogar Chef dieser Regierung, und nach dem Nazirezept müsste nun sofort alles, aber auch alles besser werden. Deutschlands Rettung müsste marschieren. Die Hausfrauen müssten diesen Vormarsch am besten erkennen können. Haben ihre Männer, ihre Söhne und Verwandten nun alle Arbeit bekommen? Die mangelhafte Statistik gibt selber Antwort auf diese Frage: Im Februar ist die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen wieder über sechs Millionen gestiegen! Sind die Lebensmittel billiger geworden? Jawohl! Wir wollen der Wahrheit die Ehre geben. Die Butter ist in der Tat billiger geworden. Wer lacht da? Ihr Proletarierfrauen wisst gar nicht mehr, wie Butter aussieht, oder gar, wie sie schmeckt? Euch interessiert dieser Preissturz nicht? Seid nicht ungerecht! Wenn der Butterpreis auch gefallen ist, und wenn er euch auch noch immer zu hoch ist, so ist doch der Preis für Schmalz zum Ausgleich (Gerechtigkeit muss sein!) gestiegen! Auch das Fleisch ist teurer geworden, und man sagt, dass es Landwirte gäbe, die heute in der Hoffnung auf bessere Zeiten - das heisst: bessere Zeiten, die ihnen höhere Preise bringen sollen - mit dem Verkauf des Viehes noch weiter zurückhalten... Also, seitdem die Nazis in der Regierung sind, hat sich einiges geändert: Wichtige Lebensmittel sind im Preise gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen hat sich vermehrt, und sie wird sich so leicht nicht vermindern. Die Verantwortung dafür trägt der Reichskanzler Hitler, der sich auf Gedeih und Verderb seinem Wirtschaftsminister und Osthilfekommisnar Hugenberg ausgeliefert hat. Die Nazis sind zur Durchführung von Wirtschaftsproframmen einfach nicht fähig. Ihre Unzulänglichkeit auf diesem Gebiet ersetzen sie durch stramme Haltung und laute Reden. Herr Hugenberg aber will dem deutschen Bauern helfen. Wer unter den schwer ringenden Hausfrauen gönnte nicht

dem kleinen Bauern seinen gerechten Lohn für mühevollen Arbeit? Aber der Bauer kann auf die Dauer nur hohe Preise erzielen, wenn der deutsche Arbeiter genügend verdient. Wenn die Löhne sinken, wenn die Arbeitslosigkeit steigt, hat der Bauer auch nicht mehr die Aussicht, seine Erzeugnisse mit dem erhofften Gewinn absetzen zu können.

Um den Landwirten zu helfen, hat man den sogenannten Vollstreckungsschutz eingeführt. Ein solcher Schutz könnte vielen Proletarierfrauen wohl auch gefallen! Wenn sie Schulden haben, die sie bezahlen wollen, aber nicht können, dann träte der Vollstreckungsschutz in Kraft, und der Gläubiger müsste mit langer Nase abziehen. Feine Sache, was? Aber das Ding hat seinen Haken! Wenn eine Hausfrau lange genug von einem gutmütigen Kaufmann geborgt bekam und trotz aller Mahnungen ihre Schulden nicht verringert, dann hört eines Tages das Borgen auf. Genau so ergeht es jetzt den Landwirten beim Vollstreckungsschutz, der ja zunächst ein Vorrecht für sie allein ist. Sie werden bei weite= rer Geldnot niemanden finden, der ihnen Kredit gewährt, neues Betriebskapital leiht. Kreditnot aber fördert nicht die Wirtschaft. Dem Bauern soll geholfen werden! Daher gibt es Zollerhöhungen, Zollkrieg, und was damit zusammenhängt. Diese Zollerhöhungen spüren die Frauen wieder, wenn sie zum Kaufmann kommen, wenn ihr knappes Wirtschaftsgeld noch schneller als bisher zusammenschmilzt. Und aus den Zollerhöhungen erwachsen Verärgerungen der anderen Völker. In Holland, in Skandinavien, in Frankreich, überall denkt man daran, der deutschen Industrie die Aufträge zu entziehen. Herr von Siemens schilderte kürzlich, wie skandinavische Aufträge für seine Fabriken, die er so gut wie gesichert glaubte, unter dem Einfluss der deutschen Zollpolitik nach England wanderten. So bringt die sogenannte Hilfe für die Landwirtschaft dem deutschen Arbeiter geringere Verdienstmöglichkeiten. Das ganze Arbeitsvolk in den Städten leidet weiter und ärger als bisher.

Sozialdemokratische Frauen werden nicht enttäuscht sein, wenn die Hoffnungen, die die Wahlflugblätter der Nazis weckten, nicht in Erfüllung gehen. Aber vielen ihrer verblendeten Schwestern wird der letzte Glaube geraubt. Hier gilt es einzugreifen. Wir brauchen nur die reine, nackte Wahrheit zu sagen. Weltkrieg und technische Entwicklung haben die Welt verändert. Diesen Veränderungen muss durch den Umbau der Wirtschaft, wie ihn Sozialdemokratie und Gewerkschaften fordern, Rechnung getragen werden. Das kann nur gelingen, wenn wir mit tief ernster Verantwortung und Arbeitsfreudigkeit, mit Ausdauer, Mut und Glauben an das grosse Werk herangehen, das die Zeit von uns fordert, sobald der nationalistische Spuk vor der aufgehenden Sonne einer wirklichen neuen Zeit verfliegen ist. Gerade die sozialistische Frau hat hier eine Aufgabe zu erfüllen, die sie weit über den Alltag der Gegenwart hinausheben kann.

W.M.

Kampf ums Frauenwahlrecht.^x

SPD. In den Kreisen der Regierung ist jetzt vielfach davon die Rede, dass man die "parlamentarische Demokratie" beseitigen müsse, da sie sich nicht bewährt habe. Fraglos ist das Wahlrecht der Frauen ein Teil dieser parlamentarischen Demokratie, und wenn sie fällt, dürfte es mit fallen oder mindestens erheblich geschwächt werden. Sind sich alle Frauen darüber klar, was das bedeuten würde? Es gibt leider immer noch Frauen, die meinen, es hätte doch keinen Zweck, wenn sie wählen, und die deshalb die Wahl versäumen; es gibt weiter eine Anzahl Frauen, die nicht recht wissen, wie sie wählen sollen, und sich wohl gar von leeren Aeusserlichkeiten bestimmen lassen. Man darf daraus nicht den

Schluss ziehen, die Frauen seien nicht reif für das Wahlrecht und müssten darum ausgeschaltet werden. Auch bei den Männern würde eine Reifeprüfung für das Wahlrecht häufig negativ ausfallen. Es gilt eben, die Frauen reif zu machen für die Ausübung ihrer Pflicht und ihres Rechtes, damit es ihnen nicht wieder genommen werden kann.

Von der Ausübung dieses Rechtes und der Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie hängt die gesamte Formung unsrer Gesetzgebung ab. Alle Gesetze zum Schutze der Frauen- und Kinderarbeit, der Mütter- und Säuglingsfürsorge, der Jugendwohlfahrt hängen beispielsweise davon ab. Es ist leicht, den Frauen zu zeigen, dass hier immer die Sozialdemokratie Vorkämpferin gewesen ist, während die rechtsstehenden Parteien mehr oder weniger Hindernisse in den Weg legten. Man kann auch auf noch nicht bestehende, doch geplante Schutzbestimmungen hinweisen, wie etwa eine seinerzeit von dem verstorbenen Sozialhygieniker Professor Dr. Grotjahn vorgeschlagene Mutterschaftsversicherung. Man kann aufzeigen, dass auch die gesamte Steuergesetzgebung, die Gesetze auf dem Gebiete des Mietswesens, der Ehe und Familie von der Gestaltung des Parlaments abhängen. Auch die für allgemeine Fragen am wenigsten interessierte Frau wird einsehen, dass es wünschenswert ist, wenn bei diesen Fragen Frauen mitzureden haben. Und es dürfte kaum eine Frau geben, die nicht schon gelitten hat durch die Ungerechtigkeit von Bestimmungen auf diesen verschiedenen Gebieten, von veralteten Bestimmungen, die aus einer Zeit unvollkommener parlamentarischer Demokratie stammen, aus einer Zeit eines nach Klassen abgestuften Wahlrechts in Ländern, eines einseitigen Männerwahlrechts im Reiche, aus einer Zeit, in der die Sozialdemokratie keinen bestimmenden Einfluss in den Parlamenten ausübte. An ihrem eigenen Leben kann wohl fast jede Frau persönlich nachprüfen, wo und wie sie so geschädigt wurde. Um solche Schädigungen mehr und mehr zu beseitigen, dazu ist der Fraueneinfluss in den Parlamenten und auf die Parlamente zu stärken, nicht aber auszuschalten. Wenn Frauen anfangen, nachzudenken über die Reichstagswahl und das Frauenwahlrecht, dann werden sie erkennen müssen, dass der Weg der Frau sie führt in die Reihen der Vorkämpferin für alle ihre Frauenziele, der Sozialdemokratie.

Henni Lehmann.

Wes Brot ich esse...^x

SPD. Es soll hier nicht etwa die Rede sein von prominenten Kapellmeistern, die jetzt so plötzlich ihre wahre Gesinnung entdeckt haben, auch nicht von ihren armseligsten Kollegen, die in ihr Leierkastenprogramm schleunigst auf alle Fälle einen Herzensbrecher wie den Fridericusmarsch einschmuggeln, selbst nicht von dem bisher unerreicht tönenden Gesinnungsansturm auf Posten und Pösthnen, sondern nur von dem sehr bezeichnenden Karrierenanlauf eines achtjährigen "Geschafthubers".

In der Schule eines Berliner Vorortes gehört die Elternschaft fast genau zu gleichen Teilen den beiden extrem radikalen Richtungen an. Das zeigte sich z.B. neulich recht deutlich, als die Zehnjährigen einen Aufsatz über die Schlacht im Teutoburger Walde abliefern. Mit grösster Selbstverständlichkeit hatte da ein Teil der Kinder nur immer vom "Führer" geschrieben. Bei den Andern hiess es durchweg "Hermann und seine Genossen". Unter der besonnenen, geschickten Leitung des Lehrerkollegiums kommt es trotzdem nie zu Streitigkeiten wie in den Schulen, wo eine übereifrige Lehrerschaft bereits kräftig mit "Einhämmern in die jugendlichen Gemüter" begonnen hat. Vor einigen Tagen jedoch spielte sich in der sechsten Klasse Folgendes ab. Nachdem die Lehrerin den Kindern aufgegeben hatte, sich zum nächsten Male selber ein kleines Märchen auszudenken, trat in der Pause ein Knirps an sie heran und platzte mit

der Frage heraus: "Fräulein, sind Sie national?" Die Antwort lautete, dass der Begriff "national" ja für alle zuträfe, die ihr Vaterland liebten, und wer noch dazu die Kinder in der deutschen Muttersprache unterrichte, auf den müsse es wohl erst recht zutreffen. Der Achtjährige hörte sich das mit einem verschmitzten Lächeln an, meldete sich in der nächsten Stunde mit besonderem Ungestüm zum Erzählen und trug mit munterer Stimme vor: "In ein Wirtshaus trat ein Gast ein. Er bestellte sich Würstchen und legte sein Paket auf den Tisch. Nachdem er gegessen hatte, ging er fort und liess das Paket liegen. Auf einmal gab es einen furchtbaren Knall, und in der Decke war ein Loch. Und wie der Wirt oben nachsah, lagen da die Köpfe, Beine und Arme von seiner Katze, seiner Frau und seinen Kindern herum. Der Mann war ein K.P.D.-Mann gewesen und hatte eine Bombe bei sich gehabt. Er wurde dafür sofort erschossen."

Ueber solche "Märchen" aus kindlichem Munde dürfte es nur eine Stimme geben. Sicher kann man von heutigen Kindern kein Verständnis mehr verlangen für die harmlosen Rührseligkeiten der Vorkriegsjahre, besonders nicht auf einer Altersstufe, die oft mit Vorliebe in blutrünstigen Phantasien schweigt. Verhetzende Zeitungsüberschriften, Erinnerungsbrocken aus den Gesprächen Erwachsener mögen zur Entschuldigung angeführt werden. Doch immer noch bleibt genug Aufrüttelndes an dieser berechnenden Rohheit eines Achtjährigen.

Wie äusserten sich nun seine kleinen Mitschüler dazu? - "Es gefällt mir nicht, weil es so hässlich ist", meinten einige. - "Wozu soll der Mann das überhaupt getan haben?" - "Es ist Quatsch!" - "Dass die Kinder und die Katze umgekommen sind, ist dumm!" - "Es ist aus der Zeitung und kein Märchen!"

Bis Walter, der Klassenjüngste, sich zum Wort meldete und, mit seiner Schüchternheit kämpfend, ausschrie: "Der Erich hat sich nur bei Frollein anschmieren wollen; dem Erich seine Eltern reden gar nicht von sowas! Und darum ist es gemein!"

Die Klasse blieb darauf zunächst stumm. Dann gab es über das "sich anschmieren wollen" einen Meinungs-austausch, der jeder Diskussion von Erwachsenen Ehre gemacht hätte. Obwohl man - es handelte sich ja hier noch um Achtjährige - ausschliesslich mit geistigen Waffen kämpfte. Zum Schlusse war es überhaupt überflüssig geworden, den missglückten "Märchenerzähler" selbst noch einmal ins Gebet zu nehmen.

Zukunftsmusik? Hoffentlich nicht! Bestimmt nicht, solange anständiges, gerechtes Empfinden über einseitige Verhetzung siegt!

E.B.

Glück.^x

SPD. Zwölf Jahre war er alt. Nach seiner Grösse aber glich er einem Zehn-jährigen. Seine Beine waren so dünn, dass es kaum einen Altersvergleich dafür gab. Die nach dem Normalmass der Fürsorge gearbeiteten Stiefel waren ihm viel zu weit, sodass man den Eindruck hatte, dass nicht sie die Füsse umschlossen, sondern dass diese in ihnen standen. Auf dem schächtigen Körper, über der eingefallenen Brust und dem dünnen Hals, an dem man, wenn er sich zur Seite wendete, eine scharf herauspringende Sehne und zwei bläuliche Adern sah, sass ein Kopf mit einem Greisengesicht. Spitz stiessen die Knochen aus den gelblich-weissen Backen, deren Haut wie Pergament aussah. Rechts und links von der spitzen Nase - sie war gross wie der schmallippige und blasse Mund - liefen zwei scharfe Falten. Wie sonst nur in den Gesichtern alter Menschen, die viel gesehen und erlebt und viel in sich verschlossen haben...

Er war das uneheliche Kind einer Frau, die zu schwächlich war, um wirklich arbeiten, und zu hässlich, um vom Verdienst der Strasse leben zu können.

Sie war gut und zärtlich zu ihm, und er hing an ihr mit grosser Liebe. Je älter er wurde, um so mehr brannte in ihm der Gedanke, Geld zu verdienen, um für die Mutter etwas zu kaufen. "Kaufen" können schien ihm der Inbegriff alles Erstrebenswerten zu sein.

Einmal hatte eine Nachbarin ihn zum Bäcker geschickt. Als er eine zeitlang allein im Laden gestanden hatte, fasste seine Hand nach einer kleinen Schokoladentafel. In diesem Augenblick betrat ein Mann den Laden. Dann erschien auch die Inhaberin. Dass er die Schokolade für seine Mutter hätte haben wollen, wurde ihm nicht geglaubt, aber dem Manne blieb die schon erhobene Hand in der Luft hängen, als er die grossen und dunkelumschatteten Augen sah.

Jeden Tag trug er zweimal Zeitungen aus, Morgens und am späten Nachmittag. Die Mittagsausgabe am Montag besorgte die Mutter allein, da er dann noch in der Schule war.

Kein Lehrer hätte über seine Begabung oder Nichtbegabung etwas sagen können. Die Frage konnte gar nicht gestellt werden. Wenn er nicht krank war, so war er viel zu schwach und müde, um dem Unterricht folgen zu können. Nur lesen konnte er gut. Und er las gern und viel. Besonders solche Geschichten, die von armen Kindern und unglücklichen Müttern handelten, denen es zum Schluss dann gut ging.

Einmal an einem Abend las er seiner Mutter eine solche Traktätchensgeschichte vor. Sie schloss mit dem Satz: "Und von diesem Augenblick an zog das Glück bei ihnen ein."

Dieser Satz bohrte sich in sein Gehirn. Das Glück... das umschloss alles, was er und seine Mutter nicht hatten. Die Esswaren gehörten dazu, die hinter den Schaufensterscheiben lagen; das Spielzeug, das er bei andern Kindern sah; die Möglichkeit, Sonntagsnachmittags ins Kino gehen zu können - und vieles andre mehr.

Eines Tages aber bekam das Wort einen neuen Inhalt, so strahlend und glänzend, dass alles andre dagegen zurücktreten musste. Es strahlte und glänzte wirklich - - - wie in dem neuen Café, das er jeden Abend um die sechste Stunde betrat, um am Büfett seine Zeitung abzugeben.

Als er zum erstenmal den hell erleuchteten Raum mit den goldverzierten Säulen, den gut angezogenen essenden und trinkenden Menschen betrat, als er die Musik hörte, die Kellner im Frack sah und die Torten und Kuchen auf dem Büfett, da glaubte er - er wusste nicht, wo zu sein. Zuerst hatte er gar nicht hineingehen mögen. Nachher wäre er am liebsten nicht wieder hinausgegangen. Nur sehen, sehen - und die Musik hören...

Vom diesem Tage an hatte das Glück einen Namen und seine Zukunftshoffnung ein Ziel: kam er erst aus der Schule, dann wollte, musste er Kellner werden - in diesem Café. Als er dann aber ein paar Tage später einen Siebzehner- oder Achtzehnjährigen in Livree dort Zigarren und Zigaretten verkaufen sah, wusste er nicht, was er lieber werden wollte: Kellner oder Zigarettenverkäufer.

Die Mutter versuchte zuerst, ihm alles auszureden. Doch als sie sah, was es ihm bedeutete, unterliess sie es. Er würde schon klüger werden...

Er wurde nicht klüger. Aber die Enttäuschung blieb ihm auch erspart. Die Eröffnung des Cafés war Anfang September gewesen. Zwei Monate später - ein paar Tage mit schneidendem Ostwind waren vorbei - lag er krank. "Lungenentzündung!", sagte der Arzt und zuckte die Achseln.

Zuerst schien es, als sollte alles gut gehen. Aber dann - "Rippenfellentzündung", stellte der Arzt fest und hob die Achseln noch höher - lag er noch einmal mit hohem Fieber, das seine Backen erglühen liess.

Immer lag er mit geschlossenen Augen. Plötzlich, es war Abends, um die Zeit, da er sonst seine Zeitungen austrug, fand die Mutter ihn im Bette sitzend. In den grossen Augen flackerte es; die Arme und Hände waren in Bewegung. Sein Mund sprach Worte, die die Mutter zuerst nicht verstand. Doch bald merkte sie, dass er vom Café sprach. Dann sah er plötzlich ruhig, starrend... Die

Mutter erschrak noch mehr. Sie wusste nicht, dass er dies sah:

Er trat mit den Zeitungen in den Vorraum des Lokals. Der Portier kam und nahm ihm die Tasche ab, fasste ihn bei der Hand, führte ihn in den grossen, festlich erleuchteten Raum. Die Musik spielte. Er sah an sich herunter und hatte die grüne Uniform des Zigarettenjungen an mit den Knöpfen aus Gold. Die Musik spielte lauter. Eine Trompete schmetterte. Der Kapellmeister lachte ihn an. Alle Leute lachten. Er auch - -

Aber in diesem Augenblick lag er schon wieder auf dem Rücken. Sein Lachen sah die Mutter als schnell verzuckenden Krampf des Mundes. Dann lag er ruhig. Ganz ruhig.

Als die Mutter aufschrie, hatte sein Herz schon seit Minuten den letzten Schlag getan....

Karl Tiemann.

Arme Leute erzählen sich.^x

Zwölf Mark in der Woche. Gas, Miete, Licht, Kohlen,
die Wäsche dazu und noch Schuhe besohlen.
Die Zeitung? - Da kauft man sich einmal das Samstagsblatt.
Sonst spart man - und wird doch nicht satt.
Zwölf Mark in der Woche. Wenn wir auch billig wohnen,
wir sind immerhin drei Personen.
Zwölf Mark gibt der Staat! Wir haben schon wieder kein
Brot im Haus -
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Die anderen Leute haben kein Mitleid und auch kein Ge-
wissen.
In Hamburg hat einer Bohnen und Kohl ins Wasser ge-
schmissen,
Viele Zentner! Dass der Staat das erlaubt!
Woanders werden die Preise höher geschraubt.
Dafür wird ein Drittel der Ernte verfeuert.
Dass der Staat nicht eingreift und diesem Unfug steuert
und jagt die Verräter zum Lande hinaus! -
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Ob das wohl noch ewig und ewig so weiter geht?
Ob der Staat wohl immer auf Seiten der Reichen steht?
Ob er uns immer nur Sorge und Elend bringt?
Wo ist der Staat, der die Armut, das Unrecht bezwingt!
Wir müssten einig sein, wir Armen alle zusammen,
wir müssten einig sein und das ganze Volk entflammen,
und der Ruf müsste dringen von Mensch zu Mensch und von
Haus zu Haus:
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Rudolf Gottschalk.

Die Lustbarkeiten der Reichen haben ihre Quelle in den Tränen der Armen.
Tolstoi.
